

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 6. Jänner 1923.

Nr. 4.

## Das Attentat auf Raschin.

Die Reihe der politischen Attentate, die sich in den letzten Jahren wie die Symptome einer schweren Krankheit in fast ganz Europa häufen, ist um ein neues vermehrt worden: Finanzminister Dr. Raschin ist gestern früh von einem jungen Menschen beim Verlassen seines Hauses durch zwei Revolvergeschüsse schwer verwundet worden. Der neunzehnjährige Attentäter ist tschechischer Nationalität, es liegen also seiner Tat keinerlei nationale Motive zu Grunde; die Gründe, welche zu dem Anschlag führten, liegen also auf einem anderen Gebiete. Die Tschechoslowakische Republik war bis nun, seit dem Attentat auf Dr. Kramarisch, trotz der zeitweilig äußerst heftigen politischen und nationalen Gärungen, im Staate, von der Entartung des politischen Kampfes, wie sie politische Mordanschläge darstellen, zum Glück verschont geblieben. Mit dem Attentat auf Dr. Raschin ist nun auch die Tschechoslowakei in die Staaten eingereicht worden, in denen die Ueberspannung der politischen Atmosphäre ihre Entladungen in Anschlägen auf die Repräsentanten bestimmter politischer Richtungen und Bestimmungen sucht. Dennoch ist zu hoffen, daß dieses Attentat das einzige bleiben wird. Aber während anderswo diese Attentate fast durchwegs gegen linksstehende Persönlichkeiten sich richteten, ging dieser Mordanschlag gegen einen typischen Vertreter der Rechtsparteien.

Dr. Raschin war in letzter Zeit wohl die hartumstrittenste Persönlichkeit im Staate und ist hier in einem gewissen Sinne der populärste Mann geworden. Sein Name gilt förmlich als das Symbol der sozialen und politischen Reaktion, die infolge der Wirtschaftskrise auch bei uns immer stärkeren Einfluß zu gewinnen vermochte. Raschin ist sicher ein Mann von bedeutenden und gründlichen Fähigkeiten, der wohl auch im guten Glauben war, daß seine Politik den Interessen des Staates diene, aber in der Enge seines stark ausgeprägten bürgerlichen Klassenbewußtseins verwechelte er nur zu oft die Interessen der tschechischen Bourgeoisie mit jenen des Staates und Volkes. So mußte er mit großen Massen seines eigenen Volkes schließlich in Gegensatz geraten. Es kann ihm gewiß auch Aufrichtigkeit nicht abgesprochen werden, die er aber bis zur Verbitterung trieb, sodaß sein oft brüsktes Wesen verbitternd wirkte. In nationaler Beziehung ist er, wohl nicht unberechtigt, als unversöhnlich und jedes Kompromiß verwerfend, wozu die Verfolgungen, denen er, gleich Kramarisch, zur Zeit des Krieges ausgesetzt war, nicht wenig beigetragen haben dürften. Sein Haß gegen Wien und alles Deutsche zeigte oft einen geradezu pathologischen Charakter, worin eines der Erbteile nach der ungelungenen Gewaltpolitik der ebenso dummen wie brutalen österreichischen Machthaber erblickt werden muß. Von Raschin stammt das an Esiger, der zu Unterhandlungen nach Prag gekommen war, gerichtete Wort: „Mit Rebellen unterhandeln wir nicht“, das seit den Umsturztagen viel böses Blut gemacht hat. Als Führer des tschechischen Bankkapitals wurde er auch der Arbeiterchaft zum schroffen Gegner. Seine sicher starke Individualität und die Fülle der Macht, die ihm dank der hinter ihm stehenden Kapitalisten aller Nationen im Staate zu Gebote stand, verlockten ihn dazu, den „starken Mann“ hervorzuführen, dessen Willen sich alles zu beugen habe und der die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse nach seinem Gutdünken umzugestalten vermag. Die „starke Hand“ war im Staate und in der Politik der Koalitionsparteien deutlich zu spüren. Gewiß ist es auf das Konto seiner Festigkeit und Maßlosigkeit zu schreiben, daß er in der jüngsten Zeit gegen die Legionäre scharf Stellung nahm und diese dadurch gegen sich erbitterte.

Wie aber auch immer Dr. Raschin wirkte, so kann das Attentat doch nur einmütige Verurteilung finden. Der Revolver kann und darf im politischen Leben kein Argument bilden. Vor allem deshalb nicht, weil durch solche Gewalttaten eine verhängnisvolle Verfälschung

## Der Anschlag auf den Finanzminister.

Zwei Revolvergeschüsse. — Raschin durch einen Schuß in Rücken, Rückenmark und Bauchgegend schwer verletzt. — Sein Zustand, nach der Operation sehr ernst, hat sich gebessert. — Der Täter, der 19jährige Versicherungsakquisiteur Josef Soupal aus Deutschbrod, verhaftet. — Ein Aufruf der Regierung.

In den ersten Stunden des gestrigen Vormittages wurde die Bevölkerung durch die Nachricht, daß auf den Finanzminister Raschin ein Revolverattentat verübt wurde, in Erregung versetzt. Im Nu verbreitete sich das Gerücht durch die ganze Stadt. Um zehn Uhr vormittags bestärkten bereits die ersten Extraausgaben der tschechischen Blätter die Richtigkeit der Meldung.

Finanzminister Dr. Raschin sollte um drei Viertel 9 Uhr früh das vor seinem Hause, Korn-gasse 16, stehende Auto besteigen, um in sein Amt zu fahren. In diesem Augenblicke feuerte ein junger Mann auf den Minister zwei Revolvergeschüsse ab. Der herbeigerufene Arzt Dr. Weißberger ließ den Schwerverletzten ins Podoler Sanatorium schaffen, wo Professor Petřivalský sofort die Operation vornahm, wobei festgestellt wurde, daß einer der beiden Schüsse das Rückenmark traf, das Rückenmark und Organe in der Bauchgegend verletzte. Die zweite Kugel blieb nach der einen Version im Unterleib stecken, nach der anderen ging sie fehl. Der Schuß des einen Projektils oder beider Geschosse konnte nicht festgestellt werden.

Die amtlichen Communiqués, die im Laufe des Nachmittags über das Befinden Dr. Raschins ausgegeben wurden, lauteten alle auf sehr ernst, doch wurde schon in den ersten Nachmittagsstunden gemeldet, daß sich sein Zustand, der anfangs hoffnungslos schien, gebessert hat. Nach den Aeußerungen des Professors Petřivalský ist nicht nur ein Durchschuß der Wirbelsäule und des Brustkorbes und eine Verletzung des Brustfelles, sondern auch innere Blutungen und Lähmung beider unter Extremitäten zu verzeichnen. Es ist also anzunehmen, daß der Minister, wenn er wieder gesundet, doch gelähmt bleiben wird.

### Verhaftung und Verhör des Attentäters.

Nach dem Attentat wurde ein Wachmann von den Passanten darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Attentäter im Hause Nr. 4 der Stern-gasse versteckt habe. Er wurde im Keller des Hauses aufgefunden, verhaftet und in die Wache der Oberen Reustadt gebracht. Er ist der im Jahre 1903 geborene Versicherungsakquisiteur Josef Soupal aus Deutschbrod. Bei seiner Einvernahme im Polizeipräsidium sagte er — wie die Polizeikorrespondenz meldet — er habe die Tat mit Bedacht vollführt. Mit dieser Tat habe er dem Profetariat genügt, weil er die Reaktion, deren Repräsentant Raschin ist, geschreckt habe. Der Täter war erst in der tschechischen sozialdemokratischen Partei organisiert und übertrat bei der Spaltung zu den Kommunisten. Ende September des vorigen Jahres ist er auch aus dieser

und Vergiftung des politischen Kampfes herbeigeführt wird. Die Gewaltausübung auf der einen Seite bewirkt notwendigerweise die Gewaltsteigerung auf der anderen. Das ist auch bei diesem Mordanschlag schon jetzt deutlich zu sehen, der von den tschechischen Nationaldemokraten dazu benützt wird, um ihre ramponierte Popularität aufzupflustern und gegen die Parteien und Klassen, gegen die sich Raschins Politik richtete, zur Gewalt aufzurufen. Noch ehe über den jugendlichen Attentäter und seine politische Bestimmung das geringste bekannt war, maß die „Narodni Demokracie“ die Schuld an dem vergriffenen Mute Dr. Raschins den — sozialistischen Parteien zu. Bald darauf wurden durch anonyme Plakate die „Weißrotten“, das sind die tschechischen Faschisten, ausgerufen

Partei ausgetreten, weil sie sich gegen individuelle Akte stelle. Die Beiträge zur kommunistischen Organisation hat er seit Juni 1922 nicht mehr bezahlt. Der Attentäter selbst bezeichnet sich als Anarcho-Kommunist. Die Absicht, das Attentat auszuführen, hatte er schon lange, zum erstenmal am 12. Dezember des vorigen Jahres und zwar im Finanzministerium. Er ersuchte um eine Audienz beim Minister unter dem Vorwand, daß er von der Organisation der jungen Generation der nationaldemokratischen Partei in Pilsen entsandt worden sei, welche eine musikalische Akademie veranstalten wolle und um die Erlassung der Vermögenssteuer ersuche. Zu dieser Audienz wurde Soupal nicht zugelassen und an den Referenten gewiesen. Deshalb wartete er auf dem Stiegenaufgang zwischen dem ersten und zweiten Stock, bis der Minister das Amt verlasse.

Durch einen Zufall wurde Raschin beim Weggehen von einer Dame aufgehalten, welche ihn bis zum Automobil begleitete, weswegen Soupal vorläufig von der Durchführung der Tat abstand. Er verschaffte sich die Adresse der Wohnung des Dr. Raschin und wollte ihn dort aufsuchen, wurde aber nicht vorge lassen. Der Attentäter bereut seine Tat nicht. Im Verhör wird fortgesetzt.

### Verhaftung wegen Bemerkungen auf das Attentat.

Wegen abfälliger, das Attentat auf Raschin billigender Bemerkungen wurden gestern mehrere Personen verhaftet und zwar die Warenausträgerin Anna Wanásek, der Schlossergehilfe Josef Oppenheimer, der Mülleugehilfe Eduard Koucký und der Heizhausarbeiter Franz Cihák. Die Verhafteten wurden der Sicherheitswache übergeben.

### Nationaldemokratische Demonstrationen.

Die Nachricht vom Attentat auf Dr. Raschin verbreitete sich in der Stadt mit blühartiger Eile; den Zeitungsverkäufern wurden die von einzelnen Zeitungen veranstalteten Sonderausgaben geradezu aus den Händen gerissen.

Kenntlichend für die tschechische nationaldemokratische Partei ist es, daß sie das Attentat für ihre faschistischen Ziele auszunutzen versucht. In den Mittagsstunden wurden nämlich Flugblätter verteilt, die anony m waren und zu einer um 3 Uhr nachmittags stattfindenden Protestversammlung wie folgt einluden:

„Der schändliche Mordangriff auf Dr. Raschin wird heute, Freitag, nachmittags um 3 Uhr in einer Volksversammlung auf dem Wenzelsplatz bei der Säule des Fürsten Wenzel verurteilt werden, wo die Urheber der Mord- und dieses Mordes, die sich hinter einige sogenannte „tschechoslowakische Tagesblätter“ und andere Or-

und in Ansammlungen auf dem Wenzelsplatz zur Verhaftung der Redakteure des „Ceske Slovo“, des „Rude Pravo“, der „Tribuna“ und der — „Bohemia“ aufgefordert. Es wurde also schon bis jetzt, mit allen Mitteln versucht, die wahrnehmbare Tat eines Einzelnen politisch auszuwerten.

Dr. Raschin wird hoffentlich bald von seiner schweren Verwundung genesen. Alle politische Gegnerschaft zu ihm kann natürlich nicht hindern, dies aufrichtig zu wünschen. Ebenso aufrichtig aber ist zu wünschen, daß auf allen Seiten ruhig Blut bewahrt werde, damit die Pläne gewisser dunkler Elemente, welche diese Tat eines Exaltierten dazu ausnützen möchten, um im Trüben fischen zu können, zunichte werden.

ganisationen bedeu und die Folgen ihrer Taten nicht kennen und nicht ahnen, zur Verantwortung gezogen werden.“

Tatsächlich versammelten sich auch um 3 Uhr nachmittags einige hundert Leute vor dem Wenzelsdenkmal, von dessen Sockel herab nationale tschechische Brandreden gehalten wurden. Ein Redner zog besonders gegen die Zeitungen „Ceske Slovo“, „Rude Pravo“, „Tribuna“ und „Bohemia“ los; ein anderer wiederum beschäftigte sich mit den Juden, denen er die Schuld an dem an Dr. Raschin verübten Attentat in die Schuhe schob. Unter heftigen Schmährufen gegen die Deutschen und Juden zogen sodann die Demonstranten, von denen einige mit dem faschistischen Abzeichen versehen waren, vor das Haus, in dem sich die Redaktion des „Ceske Slovo“ befindet und kräftig hier einige Minuten, worauf sie sich allmählich zerstreuten.

Noch in den späten Abendstunden durchstreiften Polizeipatrouillen die Stadt; die Druckereien einiger Zeitungen waren durch Polizeiposten geschützt.

### Eine Sitzung des Ministerrates.

Handelsminister Novak übernimmt die Vertretung Raschins.

Prag, 5. Jänner. (Tsch. B.) Heute um 2 Uhr nachmittags fand ein Ministerrat statt. Der Vertreter des Ministerpräsidenten, Minister für soziale Fürsorge Habrman, erstattete Bericht über das Attentat auf den Finanzminister und über den Gesundheitszustand des Verletzten. Aus dem Berichte ging hervor, daß die Verletzung ernst ist. Der Ministerrat hat seinem Kollegen und dessen Familie die tiefste Teilnahme ausgesprochen und die Hoffnung ausgedrückt, daß das Leben und die Arbeitsenergie Dr. Raschins der Republik erhalten bleiben. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, in welchem das Verbrechen verurteilt wird und die strengsten Maßnahmen gegen Gewalttaten im öffentlichen Leben angekündigt werden. Hierauf beschäftigte sich der Ministerrat mit der Regelung von Staatsangelegenheiten. Es wurde betont, daß die Regierung einmütig auf den bisherigen Richtlinien ihrer finanziellen und valutarischen Politik, welche einen Bestandteil des Programms der Konzentration der Regierungsparteien bildet und bildet, besteht. Während der Zeit seiner Krankheit wird den Finanzminister sein ordentlicher Vertreter Handelsminister Ing. Lad. Novak vertreten.

### Ein Aufruf der Regierung.

Prag, 5. Jänner. Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Bürgerschaft der Republik!

Heute morgens wurde ein Mordattentat auf das Mitglied der Regierung Finanzminister Dr. Raschin verübt.

Die Regierung der Republik drückt den tiefsten Schmerz darüber aus, daß dieses Verbrechen verübt wurde und dies bei einer Nation, welche ihre große staatliche Unabhängigkeit ohne Blutvergießen durchgeführt hat. Das war unser Stolz vor der ganzen Welt. Die schwierigsten Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens haben wir bisher gelöst und werden sie auch weiterhin im gegenseitigen Einbernehmen der politischen und sozialen Richtungen lösen. Der Mord als Mittel des politischen Kampfes war bisher bei uns eine unbekannte Sache. Umso entschiedener verurteilt die Regierung das heutige nichtwürdige Verbrechen.

Die Regierung ist sicher, daß die gesamte Bürgerschaft mit ihr einig ist, wenn sie entschiedene Maßnahmen gegen alles getroffen hat, was die Werdwaaffe in die Hand drückt. Mit Dank sieht die Regierung, daß die Bürgerschaft begriffen hat, wessen das Vaterland vor allem bedarf: Ruhe und Eintracht aller, die es wahrhaftig lieben.

Wir fordern die gesamte Bürgerschaft auf, die bisherige Ruhe und Besonnenheit in dem Vertrauen zu bewahren, daß die Regierung entschlossen ist, das Schicksal des Staates mit fester Hand und ohne Zögern zu leiten.

Prag, 5. Jänner 1923.

Die Regierung der Republik.



### Die Krise im Befinden Raschins bereits überwunden.

Nur eine Schutzverlegung.

Prag, 5. Jänner. (Tsch. B.) Die behandelnden Aerzte Prof. Dr. Petrivalsky, Prof. Ehlaba und Prof. Dr. Svobla untersuchten heute nachmittags abermals den Zustand des Finanzministers Dr. Raschin und konstatierten eine weitere Besserung. Der Kranke trägt seine Verwundung mit heroischer Geduld und nach dem bisherigen Verlaufe wird die Hoffnung ausgedrückt, daß er die Krise bereits überwunden hat.

Prag, 5. Jänner. Um 17 Uhr wurde über den Gesundheitszustand des Ministers Dr. Raschin folgendes Bulletin ausgegeben: Der Zustand des Ministers hat sich gegenüber dem von 3 Uhr nachmittags weiterhin gebessert. Der Kranke ist seit Beginn seiner Verlegung ständig vollkommen bei Bewußtsein. Puls 90, Temperatur 37.2. Entgegen den verbreiteten Nachrichten muß konstatiert werden, daß nur eine Schutzverlegung besteht.

Prof. Petrivalsky, Prof. Ehlaba, Prof. Svobla.

Prag, 5. Jänner. Bericht über den Gesundheitszustand des Finanzministers Dr. Raschin um 2 Uhr: Der allgemeine Zustand hat sich um weiterhin etwas gebessert. Puls 100, Temperatur 37 Grad. Die Schmerzen stellen sich in größeren Pausen ein und sind etwas geringer.

### Eine Rundgebung der Legionärsgemeinde.

Der Vorstand der tschechoslowakischen Legionärsgemeinde erhielt folgende Rundgebung: Die tschechoslowakische Legionärsgemeinde bemerkt seit Beginn ihres Bestandes daran, daß alle politischen Kämpfe in der Nation ohne Gewalt und Lüge geführt werden und beurteilt deshalb grundsätzlich jedes politische Attentat und daher auch den Angriff, der heute auf den Minister Dr. Raschin verübt wurde.

### Die gestrige tschechische Nachmittagspresse über das Attentat.

Streiflos ist, daß dem Attentat auf den Finanzminister Dr. Raschin, gleichgültig, ob es politischen Motiven entspringt oder nicht, eine politische Bedeutung innewohnt. Was darüber zu sagen ist, bringen wir an leitender Stelle. Es wird jedoch unsere Leser sicherlich interessieren, was die tschechischen Blätter, die gestern nachmittags in Prag erschienen sind, über das Attentat sagen.

Die „Narodni Demokracie“ macht die politischen Gegner des Ministers mitverantwortlich für die Tat. Sie schreibt:

Was die Denker Franz Josef nicht vermochten, das soll geschehen durch die Hand eines aufgehetzten Individuums! Es ist das letzte Argument, das übrig bleibt und dessen sich die Gegner des Ministers Raschin bedienen. Alle, die gegen Dr. Raschin bezogen, mußten sich dieser möglichen Folgen bewußt bleiben, zu denen ihre Kampagne gegen den Finanzminister führen kann. Alle sind für diese schändliche Tat des Angreifers verantwortlich, auf ihr Haupt fällt das vergossene Blut eines der besten und ehrlichsten Männer, welche die Nation hat!

Ebenso stellen diese Verantwortlichkeit die „Narodni Listy“ fest, wobei man freilich bemerken muß, daß es unerhört ist, welche Heße dabei jenes Blatt betreibt, indem es die Erregung, die das Attentat naturgemäß insbesondere bei den Anhängern Raschins hervorgerufen hat, in eine bestimmte Richtung zu lenken sucht, indem es mit

Freitrad die Namen jener Blätter („Ceske Slovo“, „Tribuna“ und „Nude Pravo“) hervorhebt, die nach der Meinung dieses Blattes die geistige Mitverantwortung für das Attentat tragen.

Man sagt, daß für ein Verbrechen die Gesellschaft mitverantwortlich ist. In diesem Falle ist dies vollständig Wahrheit, freilich nur ein Teil der Gesellschaft, der Teil, der schon seit dem Umsturz eine Kampagne gegen Dr. Raschin führte, die gleich von Anfang an die auch in erregten Zeiten die noch zulässigen Grenzen verließ und sich auf die Wege geistigen Verbrechens begab, bis es heute unter ihrem Einfluß zu einem physischen Verbrechen kam. Die Mitverantwortung ist hier offenbar, weil diese Kampagne nicht Argumente gebrauchte, sondern mit allen Mitteln der äußerst gewissenlosen Agitation böse Instinkte geweckt hat.

Auch der „Bece“ (agrarisch) schreibt über das Attentat in ähnlicher Weise:

Die rohe Tat eines vertierten oder entarteten Menschen kann oft die größten Erschütterungen politischer oder wirtschaftlicher Art mit sich bringen. Die Strafe sollte alle treffen, welche für die Erziehung solcher Elemente verantwortlich sind und welche, sei es von der Tribüne, sei es aus den Spalten ihrer Blätter die Hände des Mörders geführt haben.

Der „Cas“ hebt insbesondere die politischen Nachwirkungen der Tat für den Staat hervor:

Der Attentäter hat, indem er das Attentat gegen Dr. Raschin verübte, den Staat getroffen, denn die schwierige Aufgabe des überfallenen Ministers wird, bevor er sich von seiner schweren, aber hoffentlich heilbaren Verwundung erholen wird, keinen in gleicher Weise energischen Vorkreder finden und es gibt keinen größeren Schaden, als ein begonnenes und nicht vollendetes Werk!

Das nationalsozialistische „Ceske Slovo“ ist bei der Beurteilung der Folgen des Attentats von tiefstem Pessimismus erfüllt:

Das Attentat auf Dr. Raschin ist ein Verbrechen, wie ein Attentat auf jeden Menschen, aber ein umso größeres Verbrechen, weil es sich um einen sehr bedeutenden Mann handelt, der eine der ersten Stellen in der Staatsverwaltung unserer Republik bekleidet. Welche verderbliche Wirkung für den Ruf eines Staates Attentate auf Staatsmänner haben, können wir an dem jüngsten Mord an dem Präsidenten der polnischen Republik sehen. Die einstimmige Meinung bei uns war damals, daß in unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sehr konsolidiert sind, als daß wir uns vor solchen politischen „Mehoden“ fürchten müßten. Das Attentat auf Dr. Raschin ist eine Schande vor dem Ausland für uns und da an dem Vertrauen des Auslandes, in den internationalen Beziehungen und Abhängigkeiten sehr viel gelegen ist, sind schwere wirtschaftliche und andere Folgen für den Staat nicht ausgeschlossen.

Der sozialdemokratische „Secerni Prava Lidu“ betont die Gegnerschaft gegenüber dem Opfer des Attentats, hebt aber gleichzeitig die bedeutenden menschlichen und politischen Eigenschaften Raschins hervor:

Unsere Partei stand hinter diesem Raschins D. Ned.) Finanzplan treu und konsequent, einerseits weil wir es für ein Interesse der Arbeiter hielten, daß wir eine geregelte Währung haben, andererseits deswegen, weil dieser Finanzplan — insbesondere die Vermögensabgabe, die einen Teil von diesem bilden — die kapitalistischen Schichten traf, aber in erster Linie allerdings vom Standpunkt der Befestigung und Erhaltung unseres Staates. Dr. Raschin ist neben dieser, seiner finanziellen Tätigkeit freilich als ein ausgeprägter Vertreter der liberalen Gesellschaftsordnung und ent-

schiedener Gegner des Sozialismus aufgetreten und da haben wir allerdings mit ihm viele öffentliche und interne Konflikte gehabt, bei denen wir Dr. Raschin als konsequenten Gegner schätzen gelernt haben, der weiß, was er will und niemals das Interesse der Republik aus dem Auge verliert.

### Inland.

Raschin und die Legionärsgemeinde. Die tschechoslowakischen Legionäre erhielten von Dr. Raschin folgende Antwort auf ihr Ersuchen um Aufklärung seiner Aussprüche in Pardubitz:

Nach meiner Rückkehr vom Weihnachtsurlaub finde ich die Anfrage der Legionärsgemeinde vor. Ich bestätige Ihnen bereitwillig, daß ich den Ausspruch getan habe, wie er in den Abend-Narodni Listy vom 11. Dezember 1922 angeführt ist. Ich bestätige Ihnen weiter, daß ich mit den „Leuten, die unstreitbar ihre Köpfe mit Ruhm bedeckt haben“ alle diejenigen Einzelpersonen meine, die, sei es in der Heimat, sei es außerhalb der Grenzen für die böhmische Selbständigkeit gekämpft und aus diesem ihren Kampfe und diesen Verdiensten Ansprüche auf Belohnung, Begünstigungen und Privilegien gegenüber der jungen Tschechoslowakischen Republik bezugierten. Wenn sich solche Leute auch unter den ehemaligen Soldaten der tschechoslowakischen ausländischen Heere befanden, haben sich meine Worte auch auf sie bezogen, aber nur auf sie, nicht aber auf alle Soldaten der auswärtigen Heere — denn viele von ihnen bearbeiteten weiter ihre Felder, betreiben weiter ihr Gewerbe und Geschäft, aus denen sie der Krieg herausgezerrt hat, viele gingen in die Fabriken, ohne etwas zu verlangen. Meine Worte bezogen sich sogar nicht auf alle diejenigen, die in der Heimat für die Selbständigkeit des tschechischen Volkes gekämpft haben. Ich denke, daß es sehr klar aus dem Ausspruch selbst und aus dem ganzen übrigen Kontext meiner Rede hervorgeht, daß es sich nicht darum handelte, alle Bestrebungen zu verurteilen, sich die für das Volk getane Arbeit durch besondere Begünstigungen bezahlen zu lassen. Da die Legionärerversammlung beschlossen hat, gegen mich eine Klage zu erheben, werde ich Gelegenheit haben, detaillierte Beweise über den Sinn und die Richtigkeit meiner Ausführungen zu erbringen.

Dr. Raschin.

Dieser Antwort fügt die tschechoslowakische Legionärsgemeinde folgenden Kommentar in den tschechischen Blättern bei:

Wir überlassen es der urteilsfähigen Öffentlichkeit und allen objektiven Juristen zu beurteilen, ob die juristische Darlegung, welche Herr Minister Raschin jetzt seinen Worten gibt, richtig ist. Wir konstatieren, daß die Anfrage der Legionärsgemeinde dem Herrn Minister Raschin am 18. Dezember gestellt wurde, abgesehen davon, daß sie bereits am 18. Dezember in der Tagespresse veröffentlicht worden war. Die tschechoslowakische Legionärsgemeinde wird naturgemäß im Sinne des Beschlusses des Exekutivsausschusses, der von den Legionären genehmigt wurde, weitere Genugtuung anstreben.

Die tschechische Legionärsgemeinde stellt selbständige Kandidatenlisten auf. Die „Mor.-Slez.“ meldet, wurde in der Legionärsgemeinde beschlossen, bei den nächsten Wahlen in die Gemeinden und in die Nationalversammlung völlig selbständige Kandidatenlisten aufzustellen.

Die gesetzgeberischen Arbeiten im Jahre 1923. Die „Tribuna“ veröffentlicht ein Verzeichnis der im Jahre 1923 zu besprechenden Gesetzesvorlagen, dem wir entnehmen. Ministerium für Schulwesen und Unterricht: Unifikation der

Schulgesetze, Vorlagen über das Hilfsschulwesen, über Schulen für Taubstumme, über die Unterrichtssprache an den Mittelschulen, über die Frage des Religionsunterrichtes an diesen Schulen. Eine Vorlage über das Gewerbebeschulwesen, ein Rahmengesetz über das Hochschulwesen. Ministerium des Innern: Regelung des Verhältnisses der Frauen im Staatsdienst, ein neues Enteignungsgesetz und eine Vorlage über die aus Karpathenrußland nach Magharien verschleppten Gendarmen. Ministerium für öffentliche Arbeiten: Gesetz über eine neue Bauordnung. Ministerium für soziale Fürsorge: Arbeitsinspektorate, Gesetzentwurf der Kollektiv-Verträge und Schiedsgerichte, Arbeitsvermittlung, bezahlter Urlaub und Sozialversicherung. Justizministerium: Ein neues bürgerliches Strafgesetzbuch und ein Gesetz über Jugendgerichtsbarkeit. Ministerium für nationale Verteidigung: Parität der militärischen Altpensionisten mit den zivilen, Repatriierungsvorlage. Ministerium für Landwirtschaft: Pflichtversicherung gegen Wetterchäden und Peststerben, amtliche Tier- und Fleischschau. Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen: Vorlagen über Untersuchung der Lebensmittel, über Apothekerspezialitäten, über Regelung des Apothekerwesens, über allgemeine Körpererziehung, über Errichtung einer Hochschule für Körperkultur, über Regelung der Jugenderziehung, über Kerkelammern. Unifikationsministerium: Unifikation des Heimatrechts, Unifikation des Handelsgesetzes, Unifikation des Zivilstrafrechtes, Unifikation der Verwaltung. Ernährungsministerium: Novellierung der Vorschriften gegen den Wucher und einige Vorlagen zum Schutze der Konsumenten. Handelsministerium: Vorlage über den unlaute Wettbewerb, Vorlage über Handels- und Gewerbebestimmungen, neuer autonomer Zolltarif, Vorlage einiger Handelsverträge, Regelung des Hausierwesens, neues Gewerbegesetz. Finanzministerium: Unifikation der direkten Steuern, eine Vorlage über die Reform der Finanzverwaltung und Spiritusgesetz.

Abgeordnete Franziska Skanice gestorben. Wir haben bereits gestern die Nachricht gebracht, daß die der kommunistischen Partei angehörige Abgeordnete Skanice gestorben ist. Sie ist einem schweren Lungenleiden im Alter von 52 Jahren erlegen. Geboren im Jahre 1871 als Tochter eines Tischlermeisters in der Nähe von Wildenschwert hatte sie bereits als Kind alle Leiden und alles Mühsal des Proletarierlebens aufzukostet. Im Alter von 13 Jahren trat sie aus der Schulaus und erlernte die Weberei. Mit 18 Jahren war sie überzeugte Sozialdemokratin. Im mit 20 Jahren nach Brünn, wo sie gleichfalls als Textilarbeiterin tätig war und welche Stadt dann ihr hauptsächlichstes Tätigkeitsgebiet wurde. Im Jahre 1903 trat sie eine Stelle in der Expedition der „Rovnost“ an, 1920 wurde sie ins Abgeordnetenhaus gewählt. Im Jahre 1911 wurde ihr Mann Augustin Skanice, der dichterisch tätig war, pensioniert und die Frau mußte für die Erziehung ihrer Familie sorgen. Vor etwa zwei Jahren wurde sie von einer Lungenentzündung heimgeführt, von der sie genes. Vor etwa Dreivierteljahr verlor sie sich jedoch auf einer Agitationstour, jedoch sie seither fortwährend krankte. Ihre letzte Rede hat sie in der Budgetdebatte gehalten. — Mit Franziska Skanice ist eine der bedeutendsten und charaktervollsten Frauen dahingegangen, welche die tschechische Arbeiterbewegung hervorgebracht hat, eine echte Proletarierin, die ihren proletarischen Ursprung nie verleugnet hat und deren Leben ganz dem proletarischen Emanzipationskampf gewidmet war.

### Mümmelmann.

Sie zogen aus, bis an die Bühne bewaffnet, in die dreitausend, an die dreihundert, an die reichlich, schrecklich anzusehen in ihrem Kriegshemde.

Unten steckten sie in langen Stiefeln, oben in kühnen Hüten. Um ihre Unterleiber schlotterten oder strammten sich rauhe Jacken, deren Taschen reichlich mit Nikotinbargeln gefüllt waren. In der Seite hing ein Ranzlein, strotzend von bunten, grünen, roten oder gelben Hülsen, entaltend das schwarze Pulver, ferner eine Flasche, ergend das nicht minder schwarze Bismutwasser, und diverse Pakete, worin die kurzgehackten sterblichen Ueberreste toter Schweine und Rüsse waren. Vor dem Wagen trugen sie Müßchen, um die vandelte gestrickte Stulpen, und auf dem Rücken Donnerrohre aller Konstruktionen und glühenden Kalibers.

Sie erfüllten das Bahnhofsvestibül mit lauten Stimmen, den Perron mit schallenden Tritten, drei Courés mit Zigarettenrauch und ein Schaffner mit Grausen, denn jeder dritte zog ein erwachsenes Exemplar von canis familiaris hinter sich her und verlangte Platz dafür nächst sich.

Während der Fahrt nickten die einen, die bereits vorher allzulange beim geisteserfrischenden Männerstot und beim seelenerhebenden Bitterbier gegessen hatten, noch etwas nach, die eben, was gedunsenen Jüge auf die Mündungen der Hinten stühend; andere hatten des Teufels Gebuch in der Hand, schielten sich in die Karren und nahmen sich das mehr oder minder reichlich erworbene Kleingeld ab. Die dritten sprachen latein.

Der Dide mit den apoplektischen Knulpsugen erzählte mit einer Stimme, die die Fensterreiben zum Klirren brachte, er habe gestern auf achtzig Schritt einen Krummen geschossen, wie veräbert sei der im Dampf geblieben, alle Kno-

chen gebrochen. Und dann zeigte er seine Klinte herum, alle guckten hinein und lachen, als glaubten sie es, und jeder sah sein Gegenüber mit einem Blick an, der da sagte, daß er es durchaus nicht glaube.

Sie sprachen eine fremde Sprache, die kein vernünftiger Mensch verstand, redeten von Ranzeln und Taschen, Schweich und Wölfe, Köpfeln und Blumen, Läufen und Gescheide, Keßeln und Suchen, Stodeln und Strede, meinten aber immer ganz was anderes. So fuhren sie dahin durch die weiße, morgendliche Winterlandschaft, auf die die aus dem Bett kriechende Sonne einen schwachen Rosenschimmer warf.

Dieser Rosenschimmer traf auch in der Feldmark von Knubendorf die Nase eines alten Ranzlers, der langsam und hochläufig über die Landstraße hinkte. Soanrich Mümmelmann genannt in seiner Sippe. Er machte einen Regel, putzte sich ein Pföckchen Schnee aus dem Schnurrbart mit der rauhen Bürste seines Vorderlaufes, und überlegte, ob er noch nach der reichlich geästen Roggensoat etwas Rinde von jungen Arselbäumen in den Gärten von Knubendorf zu sich nehmen solle, oder ob es befürnehmlicher sei, einige vorjährige Bommelbeerblätter zu genießen, denn er fühlte einen Druck im Magen.

Da teilte ihm derjenige Teil seines Körpers, mit dem er auf einem plattgefahrenen goldgelben Apfel sah, der nicht von den Hesperiden, sondern von dem edlen Rasse kamte, mit, daß ein Wagen sich näherte. Er drehte sich um, spitzte die schwarzimpigen Löffel und sagte sich dann in seinem lieben Gemüte, daß das weder die Post sei, die führe schneller, noch der Molkereiwagen, der führe langsamer, ein Marktswagen sei es auch nicht, der käme schon bei nachtschlafender Zeit. Ite, sei es etwas Ungevohtes, und das Ungevohtes sei stets unbefürnehmlich.

Er hoppelte bis an den Graben, setzte trotz seiner drei Läufe über die hohe Schneewehe und hoppelte den Patt entlang. Auf dem großen

Schlehubuch sah der Reumüder. Den fragte er, ob er nicht sehe, was da die Straße entlang komme, seine Augen hätten nachgelassen. Der Bürger sagte ihm, daß es Jäger und Hunde wären, und zog nach der Dieme, denn da hatte er eine Maus gefessen.

Mümmelmann kratzte sich bedenklich hinter den Löffeln und hoppelte weiter, bis an den großen Stein, der an der Landstraße lag. Dort klopfte er dreimal mit dem linken Hinterlauf. Er hatte nur den einen, den rechten stehen nach der vorjährigen Treibjagd die Rebestrafen. Auf sein Klopfen tauchten hinter einem dürren Ranzelnbusch zwei fauber gefämmte Löffel auf. Sie gehörten Geesche Wintblume.

„n Dag, Geesche,“ knurrte Mümmelmann, „van Tage giff dat Drievijagd. Ed weit blot noch nich, wenn sei in Holte drieben oder inn'e Feldmark. Sei dea vör!“

„Ed rüde to Holte, da hann'n sed lichter barge“, meinte Geesche. „Adjus Soanrich“, und damit hoppelte sie von dannen.

„Segg et de annern an“, rief Mümmelmann ihr nach, und Geesche machte einen Regel, spitzte die Löffel, nickte und hoppelte fort.

Mümmelmann traf bei Wege noch Trine Geelzahn und Joßen Biesstert und sagte ihnen, daß sie gut täten, die Löffel steif zu halten. Und dann hoppelte er weiter, bis nach einer ganz lahlen, hochgelegenen Stelle. Dort lief er eilig hin und her, als habe er etwas verloren, schlug Haken auf Haken, und schob sich dann in einen Pott, den er sich scharrte.

Eine Stunde mochte er in seinem Lager gelegen haben, da vernahm er ein Geräusch und machte einen Regel. Da sah er Kaadje Clappuhr eilig daherkommen. Kaadje, dessen Löffel keinen Pott hatten, weil ihm im vorigen November die Schrotten die Anorpel zerhatsagen hatten.

„Junge“, sagte Kaadje und verpustete sich, „dat word lege van Dage. De drieben drücket dat Holt bör und denn shall eeffelt weern!“

„Dübel“, sagte Mümmelmann, „de vermuteten Schinners, ward'd von Dag to Dag heller. Na, weil't seht, was sed dohn latt. Hüus.“ Und damit rüde er sich wieder in seinem Pott zurecht, und Kaadje lief weiter.

Noch eine Stunde lag Mümmelmann da und dachte nach, daß der Mensch doch das böseste Raubzeug sei, trotz Reine, Rotwoß und Gripto Höhrerdeits, dem Sabicht, und daß es Zeit wäre, daß man dagegen etwas täte; da hörte er von weitem einen Ton, als klopfte da ein riesiger Ranzler. Und der wiederholte sich immer wieder.

Soanrich Mümmelmann machte sich hoch und äugte nach der Gegend hon, aber seine Lichter trugen so weit nicht. So rüde er wieder zusammen und wartete. Die Sonne brannte ihm warm auf den billigen Bals, der Wind hatte sich gelegt; das war alles gut und schön soweit, wenn nur die Jäger nicht gewesen wären. Na, sein Testament hatte der Alle schon lange gemacht, er war nun fast zehn Jahre alt, und ewig kann man nicht leben. So philosophierte er.

Auf einmal spielohrte er. Er hörte den Nordschrei der Rebestrafen. Er machte sich ein ganz klein bißchen höher und seine Seher wurden starr. Ueber das Feld kam ein Hase in ungleichen Sätzen, und über ihm strichen zwei große graue Krähen. Eine stieg immer und strich vortwärts, und die andere fuhr herab und stieß nach den Lichtern des armen Hasen, und Arr und Arr ging es. Alle Augenblicke wurde der kranke Hase kürzer, dann fuhren beide Krähen auf ihn los. Und dann roppelte er sich wieder auf und machte ein paar Sätze, aber nach wenigen Sätzen wurde er wieder kürzer. Und vom Horizont kam ein schwarzer Punkt und noch einer und immer wieder einer, lauter Krähen, graue und schwarze, und eine Wolke von Blut und Tod zog es über den Kranken her. Und jetzt, Mümmelmann schauerte zusammen und legte die Löffel an, denn er wußte, was jetzt kam; jetzt kam der Gra-



# Das Ende der Konferenzen.

Bonar Law, dessen Regierungsantritt von der Pariser Boulevard- und Presse wie der Ausgang eines neuen Morgenrots begrüßt wurde, als ob es nun mit der „Deutschenfreundlichkeit“ Englands ein Ende habe, hat seinen Lobpreisern eine bitterböse Enttäuschung bereitet. Zwar: mit der Schaufelpolitik Lloyd Georges ist es nun wirklich vorbei und Poincaré braucht nicht mehr zu fürchten, heute aus London etwas Anderes zu hören als gestern; aber mit dem Schwinden der Claspität in Englands Politik ist auch Englands Nachgiebigkeit gegen Frankreichs Eroberungs- und Unterjochungselüste verschwunden und ein nüchternere Rechengeist hat dort jetzt die Oberhand gewonnen. Unter Lloyd George hätte die Pariser Konferenz mit der für alle Teile peinlichen, das Chaos der europäischen Wirtschaft zur Fortdauer verurteilenden Devise „Es wird weiter gewurstelt!“ geendet, unter Bonar Law haben sich die Geister klar geschieden. So klar, wie es der Gegensatz der Meinungen und Ziele tatsächlich erfordert.

Die englische Reparationspolitik war weder zu Zeiten des früheren noch des jetzigen Ministerpräsidenten von freundlichen Gefühlen gegen Deutschland geleitet, aber ebenso wenig ist sie vom Zertrümmerungswillen befeuert. Was die Briten am Deutschen Reiche hatten: die Konkurrenz um die Seeherrschaft, um Kolonial- und Absatzgebiete, das ist durch den Weltkrieg für viele Jahre hinaus beseitigt worden. Und deshalb haben sie nur noch ein Interesse daran, daß Deutschland durch Geldzahlungen oder Sachlieferungen einen möglichst großen Teil der auf den Krieg gemachten Aufwendungen zurückerhalte und daß es, Reich einer Sechzigmillionenbevölkerung im Herzen Europas, das es nun einmal ist, als Konsument und Erzeuger sich wieder dem Kreislauf des europäischen Produktionsprozesses eingliedere. Oder, in Schölgeworten ausgedrückt: England kennt heute dem ehemaligen Feinde gegenüber nur noch wirtschaftliche und nicht mehr politische Gesichtspunkte und von diesen aus war Bonar Law nach Paris mitgebrachtem Reparationsprogramm orientiert. Es gönnte also der deutschen Wirtschaft eine von Zahlungen freie Atempause von vier Jahren, damit die Marktwährung wieder festen Boden unter die Füße bekomme; es schloß die Wegnahme von Pfändern, welche den Deutschen jede Auslandsanleihe unmöglich machen mußte, aus und band die Straffälligkeit des Schuldners an einen einstimmigen Beschluß der Gläubiger; und um die Kreditfähigkeit noch mehr zu heben, rebuzierte es die nach Ablauf des Moratoriums fälligen Zahlungen auf ein erträgliches Maß und hielt auch deren Gesamtsumme in erträglichen Grenzen.

Müßten diese von einem harten kaufmännischen, doch nicht vom Rachegeist erfüllten Bestimmungen Poincaré reizen, so brachte der den Alliierten-Schulden geltende Vorschlag die Belgier und Italiener auf. Verzichtete er doch nicht, wie jene es erhofft hatten, gänzlich auf Rückzahlungen, sondern wollte auf allerlei Golddepots in Londoner Kassen die Hand legen, er forderte die Ueberführung von Zahlungsgutscheinen, welche Franzosen und Italiener von Deutschland zu erhalten haben, und tastete auch die belgische Priorität an. Derart unmittelbar am eigenen Leibe berührt, verfiel der Belgier und Italiener dem englischen Programm auch dort die Gefolgschaft, wo sie es unter anderen Umständen vielleicht angenommen hätten, nämlich in der Auffassung der Reparationen als eines wirtschaftlichen Problems, und stellten sich auf

ben, und das war das Ende. Und da schall es auch zu ihm heran: „O weh, o weh, o weh, o weh mit“, und dann war alles still und mir die Galsenwögel, die sich zankten, hörte man.

Nach einem Weilschen vernahm der Alte wieder ein Gepolter und sah die Krähen abfliegen. Er richtete sich ein bißchen hoch, und sah einen großmächtigen Stör einen Hasen heben. Schwer krank, das sah der Alte, war der andere nicht, aber doch so, daß der stüchtige Hund ihn bald zu Stande heben würde. Das war ein guter Kerl, Naß Klewerstetter vom Ufendbrink. Dem mußte geholfen werden.

„Naß“, knurrte Mümmelmann leise, „es stah upp, sett die dah!“ Der kranke Waldhase nahm alle Kraft zusammen, fuhr in das warme Lager, und mit einem Hui, eine Schneewolke hinter sich werfend, setzte der alte Feldhase aus dem Pott, schlug ein halbes Dutzend Hasen, daß der Hund ganz verbiebert wurde, kaufte dann gerade aus, schlug wieder Hasen, machte einen Regel, nahm wieder das Feld hinter sich, bis dem Hunde die Zunge aus dem Halse hing und er die Jagd ausgab. Mümmelmann äugte ihn nach, lachte, hoppelte bis zum nächsten Brink und rodelte sich wieder ein. Seine alten Knochen brauchten Ruhe.

Lange dauerte es aber damit nicht, da vernahm er ein Dröhnen und Knirschen. Erst war es nördlich, dann westlich, dann südlich, dann auch im Osten. Er machte sich hoch und sah rundum lauter schwarze Pfähle. Und nach einer Weile ging es, „Tara, tarattata“, und die Pfähle kamen auf ihn zu. Und dann hörte er es knallen, und er sah hier einen aus seiner Sippe über den Schnee rennen und da einen von den Waldhasen, und da stand einer auf dem Kopf und hier rollte einer im Dampf. „Dübel“, dachte der Alte, „es sitte in'n Kessel!“

Die schwarzen Pfähle kamen näher. Ueberall stob der Schnee, prasselten die Schrote, flog der Dampf, knallten die Schüsse. Mümmelmann

# Der Abbruch der Pariser Konferenz.

## Der unverfichtliche Bonar Law.

Paris, 5. Jänner. Premierminister Bonar Law ist nach London abgereist. Gegenüber dem Ministerpräsidenten, der sich zur Verabschiedung am Bohufoße eingefunden hat, sprach Bonar Law die unverfichtliche Hoffnung aus, daß die Entente trotz der Ereignisse auf der Konferenz fortbauern und sich noch mehr befestigen werde.

Berlin, 5. Jänner. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Paris, daß der gestern nachmittags von Paris abgefandte französische Flieger, der als englischer Kurier Schriftstücke der englischen Abordnung nach London bringen sollte, unterwegs abgestürzt ist.

## Abwartende Haltung in Berlin.

Berlin, 5. Jänner. Die für das Reparationsproblem zuständigen Minister beschäftigten sich heute in einer Chefbesprechung mit dem Abbruche der Pariser Konferenz. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, man nimmt vielmehr eine abwartende Haltung ein. Am Donnerstag dürfte der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten. Ob der Reichstag, dessen Zusammenritt für den 16. d. geplant war, mit Rücksicht auf den Gang der Ereignisse jetzt früher zusammentreten wird, ist noch nicht entschieden.

## Frankreichs Absichten.

Paris, 5. Jänner. (Havas.) Die Verhandlungen der Alliierten wurden beendet, ohne eine Lösung in der Moratoriumsfrage herbeizuführen. Frankreich, Italien und Belgien behielten sich Handlungsfreiheit vor. Es ist kein Zweifel, daß Frankreich bei aller Mäßigung mit Entschlossenheit und Festigkeit diese Freiheit anwenden wird, um sein verträgliches (!) Programm durchzuführen. Der jetzige Zweifelpunkt zwischen den beiden Großmächten betrifft nur einen besonderen Fall, bedeutet aber nicht die Unterbrechung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Ländern, wie dies übrigens aus den herzlichsten Erklärungen Bonar Laws und Poincarés klar hervorgeht. Die Entscheidung hängt jetzt von der Reparationskommission ab, die Deutschland mit bloßer Stimmenmehrheit ein Moratorium wird gewähren können, das wahrscheinlich nicht mehr als zwei Jahre betragen wird. Bei diesem Stande der Dinge wird Frankreich seine Aktion in Angelegenheit der Pfändernahme, besonders auf dem zweiten Nachtrage des Versailleser Vertrages beginnen, der den Alliierten das Recht gibt, daß sie, falls Deutschland absichtlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, alle wirtschaftlichen, finanziellen oder anderen Maßnahmen treffen, die „die betreffenden Regierungen“ als notwendig erachten. Die Reparations-

die von Poincarés politischer Leidenschaft gezeugene Plattform.

Denn wenn auch der französische Vorschlag alle seine Maßnahmen wirtschaftlich begründet und drapiert, so verfolgt er doch einzig und allein politische Ziele. Die Verweigerung eines Moratoriums ohne Pfänder muß und will Deutschland zerüttern; die „Ermäßigungen“, die dem Schuldnerstaat gewährt werden, stehen nur auf dem Papier und gelten Zahlungen, an deren Herbeibringung niemand gedacht hat; dafür übersteigen die fälligen Zahlungen Bar- und Sachleistungen das im Londoner Zahlungsplan festgesetzte Maß; die Beschlagnahme und Kon-

strolche der Forste und Gruben raubt den Deutschen die letzte Kreditfähigkeit, das in Berlin auszubauende Garantiefomitee jeden Schein der inneren Souveränität; und der automatisch vorgesehene Eintritt von Strafmaßnahmen im Falle einer Verfehlung müßte wie ein unheilvolles, Atem und Bewegung lähmendes Damoklesschwert über dem Lande hängen.

Zwischen den beiden Plänen Poincarés und Bonar Laws gibt es, wie die kurze Gegenüberstellung ihrer Grundzüge gezeigt hat, keinen Mittelweg, hier mußten sich die Geister scheiden und die Frage toucht gebieterisch auf: Was nun? Die französische Regierung hat sich in ihren Fort-

sen auf dem Felde, wo der letzte Kessel gewesen war, zusammen. Mümmelmann rief sie alle der Reihe nach auf. Dreißig antworteten nicht, zwanzig waren entschuldigt, sie heilten ihre Wunden im Lager, sechzehn humpelten, sie waren leicht erkrankt. Und als sie alle zusammen waren, da hielt Naß Klewerstetter eine Rede und sagte allen, wie Bonar Law Mümmelmann ihm das Leben gerettet hatten und alle zweihundert klopfen dem guten Kameraden Veisfall und rieben ihre Nase an seiner. Und dann machte Jochen Pieltsteert ein Männchen und erzählte, daß der alte vom großen Stein sie alle gerettet habe. Er, Jochen, habe gesehen, daß Mümmelmann durch seine Taktik den einen Jäger so dötlich gemacht habe, daß er seinen Nachbar schwer angefaßt habe. „Nimm mit, es will ja das wiefen.“ so schloß er seine Rede.

Nachts um zwölf Uhr, als der Vollmond klar am Himmel stand, kamen die Knubbendorfer Ha-

kommission wird wahrscheinlich an erster Stelle die Nichtinhalte Deutschlands bei den Kohlenlieferungen aussprechen.

## Deutschland und der Abbruch der Pariser Konferenz.

Berlin, 4. Jänner. (Wolff.) In einer amtlichen Erklärung zum Bruche der Pariser Konferenz heißt es u. a.: Die deutsche Regierung hat in ersten Besprechungen mit maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit angestellt und das Ergebnis in Vorschlägen, die bis an die äußerste Grenze dieser festgestellten Leistungsfähigkeit gingen, niedergelegt. Sie hat an die Konferenz das Ersuchen gerichtet, diese Vorschläge entgegenzunehmen und durch einen Beauftragten erläutern zu lassen. Deutschland ist nicht gehört worden, obwohl es nach dem Friedensvertrage einen Anspruch darauf hat. Die deutsche Regierung hat angesichts der Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung haben konnten, der Konferenz unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen. Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die deutsche Regierung an der Ueberzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland zu ertragende Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Ruin bewahren kann.

Die durch den Abbruch der Konferenz entstandene Rechtslage charakterisieren die Blätter übereinstimmend folgendermaßen: Solange der Vertrag von Versailles noch gilt, hat Deutschland nicht mit einzelnen Mächten, sondern nur mit der Reparationskommission zu tun. Erst muß diese das Moratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Jänner fälligen Betrag nicht bezahlt haben, muß eine „vorläufige Verfehlung“ festgesetzt und eine Einigung der Alliierten über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt sein, erst dann sind Sanktionen vertragmäßig zulässig. Sogenannte Sanktionen, die ohne Entscheidung der Reparationskommission oder von einer einzelnen Macht ergriffen werden, sind vertragswidrig und im völkerrechtlichen Sinne „feindliche Handlungen“. Führt Frankreich also auf eigene Faust einen Ueberfall auf Deutschland aus, dann macht es, wie sämtliche Blätter betonen, den Vertrag von Versailles zu einem fechten Papier. Der Gedanke an einen bewaffneten Widerstand wird von den Blättern wegen der Wehrlosigkeit Deutschlands als „Tollhändertum“ bezeichnet. Die Parole der Stunde sei, unter Zurückstellung aller inneren Rechnen mit völliger Geschlossenheit und Entschlossenheit des deutschen Volkes die Ungerechtigkeit heroisch zu tragen.

Die französische Regierung hat sich in ihren Fort-

sen auf dem Felde, wo der letzte Kessel gewesen war, zusammen. Mümmelmann rief sie alle der Reihe nach auf. Dreißig antworteten nicht, zwanzig waren entschuldigt, sie heilten ihre Wunden im Lager, sechzehn humpelten, sie waren leicht erkrankt. Und als sie alle zusammen waren, da hielt Naß Klewerstetter eine Rede und sagte allen, wie Bonar Law Mümmelmann ihm das Leben gerettet hatten und alle zweihundert klopfen dem guten Kameraden Veisfall und rieben ihre Nase an seiner. Und dann machte Jochen Pieltsteert ein Männchen und erzählte, daß der alte vom großen Stein sie alle gerettet habe. Er, Jochen, habe gesehen, daß Mümmelmann durch seine Taktik den einen Jäger so dötlich gemacht habe, daß er seinen Nachbar schwer angefaßt habe. „Nimm mit, es will ja das wiefen.“ so schloß er seine Rede.

Keineke Rotboß, der oben an der Straße unter dem Winde herangehüpelt kam, blieb plötzlich stehen und seine Nüstern schnupperten wohligh, denn die Bitterung von zweihundert Hasen sigelte sie. Aber dann setzte er sich plötzlich, denn eine wimmelnde, frimmelnde Masse kam über das mondlichte Schneefeld, Hase bei Hase, und jetzt hielten sie an.

So etwas hatte Keineke noch nicht erlebt, und er hatte viel mitgemacht. Als aber die zweihundert Hasen angingen, mit den Hinterläufen zu klopfen, da kriegte er es mit der Angst, er machte kehrt und gab Herfengeld, daß ihm die Stantarte nur so flog. Als am anderen Tage der Jagdaussseher Nachfuche hielt, da fand er um den roten Fleck, wo der Assessor den Baurat lauffrant schoß, einen Kreis, festgestampft wie eine Tenne. Und er sah, daß das die Hasen gemacht hatten, und er schüttelte den Kopf und machte ein ganz verfürtes Gesicht.

Das war die Stelle, wo vorige Nacht die Knubbendorfer Hasensippe Mümmelmann, den Feldhasen, nach Hasenweise geehrt hatte.

berungen so festgelegt, daß ihr ein Zurück sehr schwer fallen wird, aber wenn sie nicht von aller Vernunft verlassen ist, wird sie eben doch Gegenstand geben müssen. Ihren und ihrer Bundesgenossen Politik sieht und fällt ja doch mit den Friedensverträgen von Versailles, Trianon und St. Germain, und wo sind die, wenn sie die Entente, die sie gewährleisten, zerbricht? Bisher durfte Poincaré hoffen, daß England, wie so oft, nachgeben werde, mit dieser Hoffnung ist es vorbei und die Reihe des Nachgebens ist jetzt an Poincaré. Hat er, um seine Politik zu stützen, bisher die chauvinistischen Instinkte aufgeweckt, so wird er sie jetzt zähmen müssen. Ist er aber ein Elabe der Volkseigenschaften geworden, dann freilich stehen Deutschland unausdenkbar schwere Tage bevor. Dann werden Frankreichs Macht, aber allein oder von Mussolini und Theunis unterstützt, die „Verfehlung“ Deutschlands wegen ungenügender Holzlieferungen im Jahre 1922 zum Vorwand nehmen und Zwangsmahnahmen am Rhein und im Ruhrgebiet einleiten, und Poincarés juristische Spitzfindigkeit ist auch groß und bemüht genug in Kavalistik, um das Vorgehen eines einzelnen Siegerstaates als dem Versailleser Friedensvertrag entsprechend darzustellen. Und wird auch Deutschland mit besserem Recht demgegenüber behaupten können, jede militärische Besetzung ohne Beschluß der Reparationskommission sei ein feindlicher Akt, so wird es sich doch der Gewalt fügen müssen, denn eine bewaffnete Abwehr würde Selbstmord bedeuten. Sicherer Tod noch als die ins Herz treffende, Wirtschaft und Selbstständigkeit bedrohende französische Okkupation und Zollherrschaft. Würden doch die Loslösungsbedingungen, die im Saargebiet den „Saarbund“, am Rhein die Agitation Dorens und in Ostpreußen die Autonomieelüste gezügelt haben, unter Frankreichs Druck und liebevoller Förderung noch zunehmen; auch die Großindustrie würde schauen, aus der neuen Lage, wenn sie eintritt, herauszuschlagen, was sich herausblagen läßt. Diese Großindustrie der Stinnes, Thyssen und Konsorten hat durch die Konsequenz und Gewissenhaftigkeit, mit der sie alle Reparationslasten von sich abgewälzt hat, das Mißtrauen der Entente groß gezogen und Poincaré die besten Waffen in die Hand gegeben. Sie würde gewiß nicht zaudern, wenn sie nur auf Profit hoffen kann, Deutschland zu verraten, um oberauf zu bleiben.

Aber noch mehr als das Schicksal Deutschlands, auch das Schicksal der europäischen Staatenbündnisse steht — und das sollte Frankreich vor dem Neupferstern hindern — auf dem Spiel. Zwar haben Poincaré und Bonar Law einander gegenseitig versichert, daß die Entente so fest sei wie bisher, doch kein Vernünftiger wird die Worte für mehr nehmen denn für eine schöne Phrase. Dem System ist jetzt schon eine tragende Achse zerbrochen, die Räder greifen nicht mehr genau ineinander, England, welches die Franzosen, wie diese sagen, in Paris im Stiche ließ, wird dafür von ihnen in Lausanne im Stiche gelassen. Schon kratzt und knistert es wochenlang im Gemäuer der Orientkonferenz und wenig mehr fehlt, daß es zusammenstürzt. Die Türken fühlen sich in ihrem Widerstande, wie nur je zur Zeit des griechisch-türkischen Krieges, von Frankreich besetzt und den Briten drohen ihre Abfichten auf die Meerengen im Nebel zu jerrinnen. Wenn aber Englands Orientpolitik in Paris nicht wenigstens eine schwache Stütze findet — was soll ihm dann noch die Entente? Alles, was den kapitalistischen Staaten eben noch fest schien, wird ins Gleiten kommen, die Verankerung, durch die sich auch die kleine Entente im Staatenstern der Welt gehalten fühlte, wird sich lockern, die ganze Weltlosigkeit der neuen politischen Konstruktionen zum Vorschein kommen. Aber schon jetzt bezahlt es die Menschheit mit Blut, Hunger und wirtschaftlicher Erschöpfung, daß sich die heute noch herrschenden Mächte der Erkenntnis des Notwendigen beharrlich entziehen.

## Die „Verfehlung“ Deutschlands.

Paris, 5. Jänner. Havas erzählt, daß die Reparationskommission in Anwesenheit des Vertreters Großbritanniens morgen über die Verfehlung Deutschlands hinsichtlich der Kohlenlieferungen verhandeln wird und daß sie Deutschland auffordern werde, daß es seine Bemerkungen Montag oder Dienstag mündlich vorbringe.

## Wahnwitzige Worte des Finanzministers Hermes.

Berlin, 5. Jänner. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bringt ein Interview des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit einem amerikanischen Journalisten, worin der Finanzminister erklärt: „Wir sind weißgeblutet und ein Teil des Volkes verlangt von uns, daß wir jede weitere Beschulung verweigern sollen. Man soll uns nicht zumuten, durch übermäßige Zahlungen Selbstmord zu begehen.“ Zum Schluß erklärte Hermes: „Trotzdem wir Schuldner und bankrott sind, wollen wir dennoch bezahlen. Ich warne die Welt davor, dieser augenblicklich schwachen und müden Nation noch einmal einen Schlag ins Gesicht zu versetzen, denn das wird sie sich nicht gefallen lassen. Gehält sie noch eine Ohrfeige, so kann sie vom Zorne übermannt sich jenseits der Kontrolle jeder Regierung stellen.“

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt hiezu: Wir verkennen nicht den Ernst der Lage, wir sind aber der Meinung, daß ein verantwortlicher Reichsminister nicht zum Fürsprecher einer wahnwitzigen Idee werden darf.



# Tages-Neuigkeiten.

## Die Ergebnisse der Volkszählung in Schlesien.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht in der eben erschienenen Nummer 56 seiner Mitteilungen die Ergebnisse der Volkszählung in Schlesien vom 15. Februar 1921. Aus der Statistik wird zunächst ersichtlich, daß sich die Bevölkerung Schlesiens einschließlich des Hultschiner und des Teschener Gebietes seit dem Jahre 1910 von 656.442 auf 672.272 Einwohner vermehrt hat. Davon sind 323.313 Männer und 348.959 Frauen. Es ist ohne Zweifel eine Folge des Krieges, daß der Ueberschuß an Frauen seit dem Jahre 1910 von 16.800 auf 25.646 gestiegen ist. Unter den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung, die ja bekanntlich gerade in Schlesien so überaus einwandfrei durchgeführt worden ist, ist am auffallendsten die durch diese Volkszählung festgestellte Verschiebung der nationalen Verhältnisse seit der letzten Zählung im Frieden. Damals wurden in Schlesien 214.486, dagegen im Jahre 1921 296.194 Tschechen und Slowaken gezählt. Die Zahl der Deutschen ist dank der tschechoslowakischen Volkszählung von 288.899 auf 252.369 gesunken. Geradezu verblüffend wirkt die Abnahme der Staatsbürger polnischer Nationalität in Schlesien. Im Jahre 1910 gab es deren 141.927, während die letzte Volkszählung nur 69.967, also kaum die Hälfte, feststellte. Diese Tatsachen lassen sich nur zu einem geringen Teil aus dem Anwachsen der Zahl der Ausländer in Schlesien erklären, deren die Statistik 49.530 aufweist, während in der Vorkriegszählung nur 12.944 Bewohner Schlesiens als ausländische Staatsbürger geführt wurden. Diese Differenz von 37.000 kann aber natürlich den Wegfall von 106.000 Deutschen und Polen nicht aufklären. Aus diesen Verschiebungen der nationalen Verhältnisse in Schlesien im Spiegel der Volkszählung geht vielmehr nur hervor, daß die patriotischen Zählungskommissionäre dort gründliche Arbeit geleistet haben. Die Zahl der einheimischen Einwohner tschechoslowakischer Nationalität hat sich in Schlesien seit dem Jahre 1910 um 88 Prozent vermehrt, die Zahl der einheimischen Deutschen um zwölf Prozent, die Zahl der einheimischen Polen fast um 51 Prozent vermindert! Interessant ist, und den einzigen Lichtblick der Volkszählungstabelle über Schlesien bildet die Tatsache, daß sich dort die Zahl der Konfessionslosen von 904 auf 9405, also um das Zehnfache erhöht hat.

**Arbeitslosigkeit, Not, Elend.** Die schrecklichen Formen, die der Kampf um das tägliche Brot annimmt, schüßert unser Troppauer Parteiblat auf folgende drastisch-entsetzende Weise: Dienstag früh konnte man in Troppau ein Schauspiel beobachten, das sich aber nicht etwa im Theater, sondern auf der Straße vor der Zuckerraffinerie abspielte. Es begann an diesem Tage die Kampagne und aus diesem Anlaß hatten sich die Arbeitslosen von ganz Schlesien eingefunden in der Hoffnung, endlich nach vielen Monaten wenigstens für kurze Zeit Arbeit zu erhalten. Tausende von Personen standen vor dem Tor der Raffinerie auf der Straße und erdrückten einander fast. Jeder wollte ausgenommen werden und kaum ein Drittel hatte Aussicht, den Wunsch, Arbeit zu erhalten, erfüllt zu sehen. Sogar aus dem Freiwaldauer Bezirk waren viele Arbeitsuchende anwesend und alle mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. Wer diesen Drang um Arbeit gesehen, wird ihn nicht vergessen. An diesem Morgen zeigte sich die Katastrophe unserer Wirtschaft in ihrer ganzen Größe. Was müssen die Leute an Not und Elend ertragen, wenn sie 40 bis 50 Kilometer weit fahren, um Arbeit zu suchen? Wie bitter mögen jene enttäuscht gewesen sein, die unverrichteter Sache wieder den weiten Heimweg antreten mußten? Und keine Raß kümmert sich da, um den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu geben. Einem kleinen Teil gibt man Arbeitslosenunterstützung, die kaum für trockenes Brot reicht, die Mehrzahl überläßt man ihrem Schicksal. Nichts unternimmt der Staat, um die Wirtschaftskrise zu bannen, er schafft keine Arbeitsgelegenheiten, baut keine Steuern, Transportwege usw. ab, die die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe erschweren und unmöglich machen. Und so stehen Hunderttausende in banger Erwartung täglich frühmorgens auf, ungewiß, ob dieses Jahr die Verhältnisse besser werden. Bei dem vergeblichen Kampf um das tägliche Brot wäre es wirklich kein Wunder, wenn alle auf Abwege gerieten und zu Verbrechern würden.

**Der Auffiger D. S. B. als Arbeitgeber.** Dem Deutschen Handels- und Industriearbeiterverbande in Auffig, dem satzbar bekannten D. S. B., ergeht es sehr recht übel, denn es vergeht kaum eine Woche, daß nicht eine oder die andere der vielen geschickten verdeckten Sünden dieser gelben Gesellschaft an den Tag käme. Wenn wir kürzlich in der Loge waren, den Auffiger Herren vom D. S. B. mit einem Schreiben ihrer besten Freunde, der Teplicher Unternehmer zu dienen, in dem schwarz auf weiß festgelegt war, daß der D. S. B. bei dem Geschäfte mit der Prager tschechischen Arantentasse jämmerlich heringefallen ist und er die Rechte tausender deutscher Angestellter in ebenso unfähiger, wie gewissenloser Weise preisgegeben hat, so können wir heute aufzeigen, wie der D. S. B. vorgeht, wenn irgend ein armer Schlunder von Angestellten in seiner, des D. S. B. Diensten steht. Das Auffiger „Volkrecht“ bringt heute folgende bezeichnende Nachricht:

Herr Anton Forster, Sekretär des D.S.B. in Auffig, ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Ich als Beamter, bezw. als Sekretär des „D.S.B.“, des Deutschen Handels- und Industriearbeiterverbandes, Gewerkschaft Deutscher Angestellten, besuche jede zur „D.S.B.“ den Angestellten bekannt, daß ich die Zustucht zum Auffiger Gewerbegericht nehmen mußte, um die Zahlung der vollen Summe der versprochenen Weihnachtsgeldemeration durch Gewerkschaft zu erzwingen. Erst durch diesen Schritt war es möglich, das gebührende Recht herzustellen. Dies ist die Vorgangsweise der verantwortlichen Herren des D.S.B. gegenüber dem Angestellten. Diese Herren nennen sich Vorkämpfer der Angestelltenchaft. Jeder Unternehmer kann sich daran ein Beispiel nehmen und darnach handeln. Weitere Worte erübrigen sich, jeder Angestellte kann sich wohl darüber das richtige Urteil selbst bilden.

Wir hörten immer, daß den Deutschen nur durch Deutsche geholfen werden könne und nun sehen wir, daß, wenn es sich um die Deutschen der Deutschen handelt, das Gewerbegericht nachhelfen muß.

**Die schwarzen Listen der Industriellen.** Die kommunistische Presse veröffentlicht folgendes Rundschreiben des deutschen Hauptverbandes der Industrie in Teplitz an seine Mitglieder:

**Streng vertraulich!**

Tepliz, Datum des Poststempels.  
Euer Wohlgeborener!

Sie würden mich zu großem Danke verpflichten, wenn Sie mir über den Arbeiter namens . . . . . in der Zeit vom . . . . . bis . . . . . bei Ihnen in Diensten stand, ein wahrheitsgemäßes Zeugnis nach tieferstehender Klasse abgeben würden. Taglohn . . . . . K . . . h.  
Durchschnittlicher Wochenverdienst . . . . . K . . . h.  
Tätigkeit, verlässlich, fleißig, minderbrauchbar, unzuverlässig, faul, anständig, ruhig, folglos, unfolgsam, Aufwiegler, Deher, Führer.

(Nichtkonvenientes bitte durchzustreichen.)

Ein Freikvort. Mit bestem Danke

Erlaube vorliegendes Schriftstück nicht zu unterfertigen.

Man sieht: das Unternehmertum arbeitet nach wie vor mit den „bewährten“ Mitteln der Industriellen des alten Oesterreich. Die Arbeiterschaft hat nur einen Weg, auf welchem sie dem brutalen System des organisierten Unternehmertums wirksam begegnen kann: den festen Zusammenschluß in den eigenen Kampforganisationen.

**Wirrköpfe.** Vor einigen Tagen ging durch die Blätter eine Meldung, daß sich in Marienbad eine neue „sozialistische“ Partei gebildet habe. Es handelt sich da um ein armseliges Häuflein Abgesprengter, welche in dem Wohnort leben, daß das Proletariat eher zur Einigung gelangen könne, wenn sie, die sich außerhalb der Massenorganisationen des sozialistischen Proletariats stellen, die Vereinigung sämtlicher Arbeiterparteien auf ihr Fahnen schreiben. Vor uns liegt die Flugschrift dieser Wirrköpfe, in deren Namen ein Herr Zinner aus Marienbad und ein Herr Pungel aus Aufschowitz ihre Gedichte und Parolen der Deffentlichkeit unterbreiten. Es lohnt nicht der Mühe, auf die naiven und unklaren Ergriffe dieser politischen Rindsköpfe näher einzugehen. Wir können ruhig abwarten, bis auch in den Köpfen dieser Verwirrten die Erkenntnis dämmert, daß sie sich, wenn es ihnen um den Kampf für den Sozialismus ernst ist, einstweilen in die großen Kampfeinheiten der klassenbewußten Arbeiterschaft stellen müssen.

**Ein großartiges amerikanisches Liebeswerk für Deutschland.** In New York wird derzeit die umfangreiche Hilfsaktion für Deutschland eingeleitet, die dort bisher zu verzeichnen ist und die zunächst Kindern und Studenten und dann überhaupt Armen zugute kommen soll. Die Deutsch-amerikaner New Yorks wollen sich über ganz Amerila erstreckende Werbekampagne einleiten und eine Organisation gründen, deren Mitglieder in regelmäßigen Zwischenräumen einen bestimmten Betrag für die Hilfsaktion leisten müssen. In der ersten Sitzung wurden bereits 20.000 Dollars aufgebracht. Man hofft, in New York allein 50.000 Namen auf die Geberlisten zu bringen. Große Versammlungen sollen zu diesem Zwecke veranstaltet werden. Geld soll nur in Ausnahmefällen nach Deutschland geschickt werden, im allgemeinen soll die Hilfeleistung nur in Nahrungsmitteln oder in Kleidung bestehen.

**Rückkehr von 115.000 polnischen Familien aus Deutschland.** Gemäß den in Dresden zwischen der polnischen und der deutschen Delegation getroffenen Abmachungen sollen in der nächsten Zeit ungefähr 115.000 polnische Familien aus Deutschland nach Polen zurückkehren. Die polnische Regierung wird zum Zwecke der Hilfeleistung für die polnischen Emigranten einen Kredit in der Höhe von 500 Millionen Mark flüssig machen. Um den Rückkehrern Raum zu machen, mußten seit der Errichtung des neuen Polens Millionen Deutscher ihre bisherige Heimat, Polen, verlassen.

**Große Lebensmittelnot in Jugoslawien.** Angesichts des empfindlichen Lebensmittelmangels in Dalmatien, Bosnien und Montenegro beschloß die Regierung, eine große Hilfsaktion einzuleiten, da sich die bisher getroffenen Maßnahmen als unzureichend erwiesen haben. Neben einer Spende des Königs von 80 Waggons Getreide, welche unter die Bevölkerung unentgeltlich verteilt werden wird, sollen der notleidenden Bevölkerung größere Mengen Getreide zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Das Ministerium

für soziale Politik wurde mit der Durchführung dieser Aktion betraut.

**Granatexplosion in Rothenstein.** Durch die Explosion einer Granate wurden in dem Betriebe der Gesellschaft zur Bewertung von Heeresgut in Rothenstein bei Königberg zwei Arbeiter getötet und ein Arbeiter schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich auf dem Trümmerfeld des früheren Munitionslagers, das, wie erinnerlich, vor fast drei Jahren in die Luft gegangen war. Gegenwärtig ist man noch immer mit der Zerlegung und Unschädlichmachung der Geschosse des riesigen Feldes beschäftigt.

**Worte.** In der Nähe von Reßlowitz wurde Mittwoch abends ein Mann sterbend aufgefunden, der noch in derselben Nacht im Krankenhaus verschied. Am nächsten Tage meldete sich bei der Gendarmerie die Frau des Verstorbenen. Es handelt sich um einen gewissen Rotmeister des 9. Artillerie-Regimentes in Sillein Ottolar Kovarik, der auf der Straße überfallen und beraubt worden war. Vom Täter fehlt jede Spur. — In der Silbesternacht wurde in Albrechtitz in Schlesien ein acht Jahre altes Mädchen, die Helene Supit, von dem Soldaten Leo Stoinitsa aus Kremier, der sich auf dem Heimwege nach einer Silbesternacht befand, vergewaltigt und dann in bestialischer Weise ermordet. Der Verbrecher wurde dem Otmüher Divisionsgericht eingeliefert. — In Bonfowitz in Mähren kam es am Neujahrstage zwischen dem Maurer Dozial und seinem Sohn zu einem Streite, in dessen Verlaufe der Sohn den Vater mit einem Messer erschlug. Der Mörder stellte sich selbst der Gendarmerie und wurde verhaftet. — Ueber den Raubmord bei Polna, verübt an dem Brünner Dienstmädchen Marie Pyslik, der bekanntlich vor einem halben Jahre geschah, haben die Erhebungen der Gendarmerie und der Gerichte bisher zu keinem Erfolg geführt. Nun aber wurde ein Anrecht namens Vizing Vrazda aus Ledebitz verhaftet, dem man nachwies, daß er unmittelbar nach dem Mord die Deute auf verschiedene Weise an den Mann zu bringen gesucht hatte. Der Verhaftete wurde dem Kreisgericht in Chrubim eingeliefert und man glaubt, daß man ihn der Tat werde restlos überführen können.

## Schwere Explosion in Sofia.

### Zwanzig Tote.

Sofia, 5. Jänner. (BTA.) Explosionsstoffe, die von Geschloßen herühren, welche von der bulgarischen Regierung der internationalen Militärkommission übergeben und von dieser an Privatfirmen verkauft wurden, sind heute in einer Schloßwerkstätte in der Mitte der Stadt explodiert, wo sie ohne Einwilligung der Kammer hinterlegt waren. Fünfzehn Häuser der nächsten Umgebung wurden beinahe vollständig vernichtet. Bis jetzt wurden 20 Tote und viele Verletzte festgestellt.

## Die Diphtherie und ihre Bekämpfung.

(arb.) Der Winter mit seiner oft nachlässigen Witterung, seinen bössartigen Schnochnärrchen, die ebenso schnell wie sie bekommen sind, vielleicht wieder von Regenböden abgelöst werden, ist die Ursache einer großen Reihe von Erkrankungen, von denen namentlich das Kindsalter heimgesucht wird. Und hier ist es neben der seit dem Kriege leider schon zur gewohnten Erscheinung gewordenen Grippe besonders die Diphtherie mit ihren unheilvollen Folgeerscheinungen, die schon manchem Kinde das Leben gekostet hat. Sobald das Säuglingsalter vorbei ist, ist gegen diese bössartige Epidemie besondere Vorsicht am Platze. Die Diphtherie läßt sich verhindern, auch ist sie bei rechtzeitiger Behandlung heilbar. In vielen Fällen ist nur Unwissenheit und Sorglosigkeit der Eltern daran schuld, wenn die Kinder an Diphtherie sterben. Diphtherie gleicht bald einer schwachen, bald einer bössartigen Halsentzündung, wobei sich stürkerer oder schwächerer grauer oder weißer Belag auf den Mandeln und in deren Umgebung zeigt. Bei schweren Fällen schmerzt nicht nur der Hals, sondern es stellen sich auch Schmerzen im Rücken sowie allgemeine Muskelschmerzen ein. Die Entzündung greift oft auf die Lufttröhre über, wo sich dann Häute bilden. Treten solche auch am Kehlkopf auf, so wird die Stimme heiser, und es kommen Atembeschwerden hinzu. Es ist nicht selten, daß derartige Fälle bei kleinen Kindern übersehen werden, was dann häufig zum Ersticken führt.

Dort, wo schwerer Verdacht der Diphtherie entsteht, ist es für alle Fälle gut, sofort Serum anzuwenden; denn ein Ausschub von 24, ja sogar von 12 Stunden kann verhängnisvoll werden. Das Serum, das bei manchen Menschen wohl für ein oder zwei Tage Unwohlsein hervorrufen kann, ist unschädlich. (Natürlich muß stets ein Arzt gerufen werden.) Da Diphtherie sehr ansteckend ist — der Diphtheriebazillus kann beim Husten, sogar beim Sprechen und durch die Nahrung übertragen werden —, sollte die Injektion nicht nur beim Patienten selbst, sondern auch bei allen mit ihm in Berührung tretenden Personen angewandt werden.

Bei Diphtherie-Erkrankungen muß der Auswurf des Kranken verbrannt werden. Die die Wartung übernehmende Person muß eine waschbare, das Kleid vollkommen bedeckende Schürze tragen. Ein Waschbecken mit Seife muß im Krankenzimmer vorhanden sein, damit Arzt und Pflegerin sich stets vor dem Verlassen der Räume die Hände waschen können. Alle vom Patienten benutzten Gegenstände müssen in kochendem Wasser, getrennt von dem übrigen Geschirr, gewaschen und sollen ausschließlich vom Kranken benutzt werden. Das gesamte Bettzeug muß ausgekocht oder der Sonnenstrahlen direkt ausgesetzt werden. Für die wartende Person empfiehlt es sich, eine doppelte Schicht von Gaze oder einen anderen weichen Stoff über den Mund zu tragen, um sich vor Ansteckung zu schützen. Es ist eine Unsumme kleiner Regeln, aus deren Nichtbeachtung aber häufig die schwersten Folgen entstehen können.

# Telegramme.

## Fortsetzung der Verhandlungen in Lausanne.

Lausanne, 5. Jänner. (Schw. Dep. Ag.) Die Besprechungen der Delegationen über die allgemeine Lage haben vormittags ihren Fortgang genommen. Heute herrscht der Eindruck vor, daß die Konferenz durch die Ereignisse in Paris nicht allzusehr beeinflusst und mit der Fortdauer der Verhandlungen in Lausanne zu rechnen ist.

Lausanne, 5. Jänner. (Havas.) Der Sonderberichterstatter der Havasagentur meldet: Die Führer der alliierten Abordnungen, denen sich der Führer der amerikanischen Delegation Child angeschlossen, sind heute morgen zusammengetreten. Sie beschließen die Arbeiten in den Unterkommissionen zu beschleunigen und in der nächsten Woche eine Vollsitzung der Kommissionen einzuberufen, um zu einer endgültigen Verständigung zu gelangen.

## Die Frage der Kohlenlieferungen vor der Reparationskommission.

### Die Engländer tun nicht mit.

Paris, 5. Jänner. (Havas.) Die Reparationskommission genehmigte einstimmig den Antrag ihres Vorsitzenden Barthou, sich morgen mit der Frage der Nichterhaltung der Kohlenlieferungen durch Deutschland zu befassen. Die Kommission nahm ferner die Interpretationsberichte wegen der Lieferungen in natura, wie auch der Rückstellung der fortgeschleppten Gegenstände zur Kenntnis. Der Stellvertreter des englischen Delegierten nahm an der Sitzung nicht teil.

### London, 5. Jänner. (Havas.) „Daily Mail“

berichtet, daß Bradbury offiziell Barthou mitgeteilt hat, daß er sich an den Verhandlungen der Reparationskommission nicht beteiligt, so weit es sich um die Frage handelt, ob Deutschland seine Verpflichtungen in den Kohlenlieferungen nicht eingehalten hat.

## Bundesbehörden der Sowjets.

Berlin, 4. Jänner. Der konstituierende Bundeskongreß der russischen Sowjetrepublik hat beschlossen, als oberste Bundesorgane einen Nationalkongreß, ein Zentral-Exekutivkomitee und einen Bundesrat der Volkskommissäre einzusetzen. Die Bundesorgane haben u. a. den Bundesstaat bei internationalen Angelegenheiten zu vertreten, die Grenzen der Bundesstaaten festzusetzen, die Entscheidung über Krieg und Frieden und über die Aufnahme neuer Mitglieder zu fällen, das Geld- und Kreditssystem, das Post-, Telegraphen- und Transportwesen und die Gerichtsordnung zu vereinheitlichen. Zu Vorsitzenden des Bundes-Zentral-Exekutivkomitees wurden für Sowjetrußland Kalinin, für die Ukraine Petrowski, für die Transkaukasische Sowjetrepublik Narimanow und für Weißrußland Tscherschkow gewählt.

## Angora „beharzt . . .“

London, 4. Jänner. Reuter meldet aus Konstantinopel: Neuff Bey, der Premierminister der Angoraregierung, hat gestern eine wichtige Erklärung in der öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung abgegeben. Er beharrte darin auf der vollkommenen Befriedigung der Forderungen des türkischen Programmes bezüglich Thrakiens, der Meerengen und der Kapitulationen, sowie der Minderheiten und schlug vor, daß Amerika den Armeniern eine nationale Heimstätte auf amerikanischem Boden gewähren solle.

## Mussolinis „Reformen“.

Ein unbeschbares Ministerium. — Hin- und-wurf freigeistlicher Eisenbahner. — Obligatorischer Religionsunterricht.

Mailand, 4. Jänner. Die „Agenzia Italiana“ veröffentlicht einen vom Sekretär des Ministeriums des Innern und Vertrauensmann Mussolinis, Bianchi, ausgearbeiteten Wahlreformentwurf. Das Projekt enthält zugleich eine Aenderung der italienischen Verfassung, denn es befiehlt, daß das Parlament, welches dem Könige den Ministerpräsidenten vorgeschlagen und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen habe, diese nicht kürzen könne. „Corriere della Sera“ schreibt in Besprechung dieses Entwurfes, er wäre eine Diktatur und eine Fronisierung des Parlamentes. Derartige Verhältnisse sind in Rußland, aber nicht in Italien möglich. Wenn die Regierung das Recht haben wolle, zu behaupten, daß sie in Uebereinstimmung mit der Nation handle, müsse diese die Freiheit der Meinungsäußerung besitzen.

Der Eisenbahnkommissar Torre hat eine Rundmachung erlassen, in welcher er die Eisenbahner, welche ihre Pflicht erfüllen haben, begrüßt. Er fordert die antinationalen Elemente, welche sich mit dem gegenwärtigen Zustande noch nicht zufriedig haben, auf, andere, freiere Beschäftigungen zu suchen.

Unterrichtsminister Gentile erklärt in der „Gazetta di Venezia“, daß für die Kraft der Nation die religiöse Anschauung der Bürger erforderlich ist. Aus diesem Grunde will er in den Schulen den obligatorischen Religionsunterricht einführen.



# Also sprach Dr. Benesch.

In der „Prager Presse“ schreibt Dr. Benesch über „Die Weltkrise und ihre Lösung“. Er zeigt neuerdings, wie wenig Gewicht er darauf legt, die Anerkennung zu beanspruchen, mit der man Diplomaten der vordemokratischen Epoche zu ehren pflegte, indem man ihre Kunst, Gedanken zu verschweigen am stärksten pries und in diesem weisen Verschweigen den Meister des diplomatischen Stils erkannte. Dr. Benesch zählt Mitleidlichkeit zu seinen politischen Haupttugenden und macht von dieser Tugend einen fast ezigsten Gebrauch.

Leider ist die Erkenntnis, die er uns diesmal über die Weltkrise und ihre Lösung bringt, trotz der Fülle der Worte und der Systematik, mit der das Problem behandelt wird und die einem Professor der Philosophie alle Ehre machen würde, nicht geeignet, uns weiterzubringen. Er untersucht das Drängendste aller Gegenwartsprobleme nach vier Richtungen, der politischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der philosophischen. Am Schlusse aber sind wir so klug wie am Anfang. Im politischen Teile sagt er uns, daß das russische Problem noch immer ungeklärt sei und an seine baldige Klärung nicht zu denken sei, daß Deutschlands Verhältnis zu Frankreich „ein großes X in der europäischen Politik bilde“ und daß die Tragweite der politischen Fragen, die eventuell aus den bisherigen Fragen erst entstehen werden, nicht abzusehen sei, daß die Orientfrage mit ihren nicht geheilten Wunden trotz der Konferenz von Lausanne „eine große Komponente unserer heutigen Krise bleiben werde“ und auch in Zukunft „neues Material zur Beunruhigung und Unsicherheit liefern wird“ und daß schließlich auch die Friedensverträge die politische Krise nicht mindern werden, nachdem soziale Staaten und Völker nicht loyal und objektiv genug sind, die heutigen Friedensverträge als endgültige Basis eines neuen politischen Systems zu akzeptieren. In der wirtschaftlichen Betrachtung der Weltkrise zählt er die Umstände auf, die unser Wirtschaftsleben so unerfreulich machen: die Zerstörung des Verkehrs- und Kreditwesens, den Kampf zwischen Industrie und Landwirtschaft, das Anwachsen der Bürokratie, die Reparationen und Kriegsschulden. Aber auch von der Lösung der Reparationsfrage erwartet er noch keine Abmilderung der europäischen Wirtschaft, da die politische Unsicherheit die Unternehmertätigkeit lähme und es eine Torheit wäre, das Valutaproblem lösen zu wollen, ehe die politischen und wirtschaftlichen Probleme, deren schwere Lösbarkeit er eben behauptet hat, gelöst seien. Wo ist also aus dem schlechtesten Krise, in dem er sich hin- und herbewegt, der Ausweg? Dann spricht Dr. Benesch über die soziale Seite der Weltkrise. Er redet von Demokratie, Sozialismus und Bolschewismus. Er glaubt noch immer an den Demokratismus, weniger schon an den Sozialismus, dem er den Marxismus als Fehler vorwirft und gar nicht an den Bolschewismus. Mit einer apodiktischen Sicherheit, deren Mut man anstaunen muß, sagt er, der Marxismus sei in Theorie und Praxis im Grunde genommen nur Negation. Er sei im Kriege nicht auf der Höhe der Situation gestanden, bei den Friedensverhandlungen hätte sich seine Unzulänglichkeit erst recht gezeigt. Der linke bolschewistische Flügel sei in der negativen Konsequenz weitergegangen; der rechte Flügel des Sozialismus, zu Kompromissen gezwungen, hätte dadurch (durch Kompromisse) eine Verstärkung seiner idealen Kräfte erfahren, die auch noch dadurch praktisch gesteigert wurde, daß die Sozialisten, die zur Regierungsmacht gelangten aus Mangel an bewährten Arbeitskräften in der Koalition nichts ausrichteten. Ob die in der

# Für den Weltkongreß der sozialistischen Parteien

## Die Kölner Konferenz des Organisationskomitees der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 5. Jänner. (Eigenbericht.) In Köln trat heute vormittags das Organisationskomitee der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien zusammen, um den in die Pfingstwoche nach Hamburg einberufenen Weltkongreß der sozialistischen Parteien vorzubereiten. Von der Londoner Internationale sind anwesend: Tom Shaw (England), Vandervelde (Belgien), Wels (Deutschland), Stanning (Dänemark); von der Wiener Arbeitsgemeinschaft sind anwesend: Friedrich Adler (Österreich), Brahe (Frankreich), Crispian (Deutschland), Abramowitsch (Rußland), Walhead (England). Von den im Haag gewählten Mitgliedern des Organisationskomitees der beiden Internationalen fehlt nur Henderson, der durch eine Nachwahl in England zurückgehalten ist und dessen Fehlen entschuldigt wird. Zum Vorsitzenden des Organisationskomitees wurde Vandervelde bestimmt, der in seiner Eröffnungsansprache auf die brennende Notwendigkeit der

Einigung des Proletariates der ganzen Welt hinwies. Hierauf wurde in die sachliche Erörterung der

Zulassungsbedingungen zur Hamburger Konferenz eingegangen. Nach langer sehr eingehender Debatte, an der sich alle anwesenden Mitglieder des Organisationskomitees beteiligten wurde beschloffen, Einladungen an alle sozialistischen Parteien der Welt zu richten, die

1. die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise anstrebend, auf dem Boden des Klassenkampfes stehen;
2. auf der unbedingten Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung im Rahmen des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes beharren und diese als Grundlage der Einigung des Proletariates der ganzen Welt ansehen,
3. die die Resolution des Haager Weltfriedenskongresses von 1922 als Basis des Kampfes gegen den Krieg ansehen,
4. die keiner neuzugründenden Internationale beitreten,
5. die die internationalen Organisationen nicht nur als eine Instrument im Kampfe im Frieden, sondern auch im Kriege ansehen.

tschechischen Koalitionsregierung mitwirkenden Sozialisten es als Trost oder Verhöhnung empfinden werden, daß Benesch ihre Einflußlosigkeit in der Regierung nicht auf mangelnden sozialistischen Charakter, sondern auf mangelnden Verstand zurückführt, bleibt abzuwarten. Schließlich behandelt Dr. Benesch die Weltkrise noch als philosophisch-sittliche Krise. Er erhebt eine neue Philosophie auf den Thron — das nationale Gefühl. Während diese Philosophie bei den kleinen besetzten Nationen zur Triebkraft alles Schönen wird, ist sie bei den zentral-europäischen besetzten Nationen „die Philosophie der Macht, die den absolutistischen Imperialismus der Zentralmächte zum Kriege geführt hat“. Also der Nationalismus erhält durch Prof. Benesch Jenseitungen. Von einem Nichtdiplomaten würde dieser Gedanke kürzer etwa so formuliert werden: Der Nationalismus der Tschechen ist philosophisch und ethisch, der der Deutschen ist ordinär und unmoralisch, der tschechische ist demokratisch, der deutsche imperialistisch. Neben dieser einen philosophisch-ethischen Strömung, die sich im erhabenen Nationalgefühl der Sieger und im minderwertigen der Besetzten ausdrückt, besteht noch eine zweite philosophische Strömung, die er zum Unterschiede von der nationalen als eine soziale kennzeichnet, als das Streben der Arbeiter und der kleinen Leute, an der Staatsverwaltung teilzunehmen, wozu freilich erst die definitive Sicherung des Friedens nötig sei. Als eine Verhüllung der sozialen Seite des philosophisch-sittlichen Kampfes erkennt er (das logische Salomortale ist bewundernswert) die reaktionären Organisationen der Orgesch, des Consul, der erwachenden Magyaren, des Faschismus und ähnlicher Erscheinungen. In den Bestrebungen dieser Organisationen erkennt er Kämpfe einer Klasse, die ihre Macht an die demokratischen Fraktionen verloren haben. „Der verantwortliche Politiker muß objektiv über allen stehen und darf sich weder von rechts noch von links beirren lassen.“

Nachdem er eine ausreichende Analyse der Weltkrise gegeben und über andere Dinge so klug geplaudert, gibt Dr. Benesch in vier Punkten die Lösung der Weltkrise.

1) Europa befindet sich in Refondateurs und darf auf rasche Heilung nicht rechnen. Der erste Schritt zur Heilung besteht darin, daß man die Friedensverträge, ob sie gut oder schlecht sind (!), zur allgemein anerkannten Rechtsgrundlage macht.

2) Die Welt muß den Weg einschlagen, den ihr die Tschechoslowakei vordäulich gewiesen: Intensiv arbeiten und ebenso gute Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik machen.

3) Alle Reparationsrechnungen müssen zwischen den Staaten in Ordnung gebracht werden, damit man mit der Lösung der Valutafrage beginnen kann.

4) Das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten muß stabilisiert werden. (Es ist mit der Stabilisierung der Wirtschaft und der Valuten so schwer geht, muß die Stabilisierung eben an einem anderen Gipfel angepaßt werden.)

Schließlich aber, das ist der Schlüsselpunkt Benesch's, schreie die politische Vernunft — die politische Vernunft hat ihre Heimat in der Tschechoslowakischen Republik — nach Koalitionsregierungen, wenn die politische, wirtschaftliche, soziale und philosophisch-ethische Weltkrise gelöst werden soll.

Also sprach Dr. Benesch am Silvesterabend des glorreichen Jahres 1922 zu seinen Gläubigen in der der Verständigung höchster Weisheit und unbeflecklicher Wahrheit dienenden „Prager Presse“.

### Unser Blatt

liegt, da die Ausgabe von Sonntag, den 7. Jänner, wegen des Feiertages am 6. Jänner entfällt, durch drei Tage aus. Die nächste Nummer des Blattes erscheint in gewohnter Weise Dienstag, den 9. Jänner früh.

Die Verwaltung.

# Sonderbündelbestrebungen im Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird geschrieben: Unter der Herrschaft der Regierungskommission und des Francs hat die Korruption und die Günstlingswirtschaft im Saargebiet einen erschreckenden Umfang angenommen und leider auch nicht vor der Arbeiterschaft Halt gemacht. Oft war es Not, noch öfter Ehrgeiz, in den meisten Fällen aber die Sucht nach Reichtum, die die Saarbewohner zu Söldlingen der Franzosen und zu Schädlingen am deutschen Volke machte. Diese unerfreulichen Verhältnisse macht sich jetzt ein sogenannter „Saarbund“ zunutze. Er propagiert „die restlose Sammlung aller denkenden, aufrechten und friedfertigen Saarländer, die Pflege positiver Ideen, Erforschung und Pflege heimatischer Tradition und Geschichte, Schutz, Ausbau und Vervollkommnung der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Schutz der Heimat und der Saarbewohner, der Sitten und Gebräuche und Gewohnheiten, Erziehung und Bildung der Bevölkerung zu gegenseitigem Verstehen, zu Ruhe, Frieden und Völkerverständigung, zu selbständigem Denken und objektiver Würdigung und Beurteilung ihrer Gesamtverhältnisse des Landes und seiner Bevölkerung und deren Zukunft.“ Welch Geistes Kind die Gründer und Leiter dieses Bundes, Bergbeamte, Lehrer und andere gunstungrige Elemente, sind, zeigt der § 19 der Statuten, der besagt, daß der Saarbund allgemein politisch „auf dem Boden des Versailler Vertrages und der daraus resultierenden weiteren Tatsachen“ steht. Der Saarbund erklärt sich also von vornherein mit allen aus dem Friedensvertrag „resultierenden Tatsachen“ einverstanden. Die Politik der Entvölkerung und der Schädigung der Saarbewölkerung findet in diesem Sammelbeken der „denkenden, aufrechten und friedliebenden Saarländer“ einen Verteidiger. Ist es da noch notwendig, zu betonen, in wessen Dienste diese Gesellschaft steht? Besonders eifrig beteiligen sich einige Bergbeamte, die den Bergleuten gute und leichte Beschäftigung auf französischen Gruben versprechen, wenn sie die grüne Mitgliedskarte des Saarbundes vorzeigen. Wer bisher sieben Francs verdient hat, soll als „Saarbündler“ zehn bekommen. Was bisher dem bezahlten Spitzelium nicht gelungen ist, das soll der Saarbund erreichen: die Arbeiterorganisationen von den deutschen Gewerkschaften loszulösen!

Das Deutschtum im Saargebiet hat an sich einen schweren Kampf zu führen. Durch die obere gekennzeichneten, mit französischen Francs, Büchsen, Schinkenbrötchen und anderen Weibnachtegeschenken gespidten Elemente wird er noch mehr erschwert. Der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften obliegt es darum, in Zukunft mit noch größerer Kraft und Entschlossenheit die Rechte und Aufgaben der Saarbewölkerung zu vertreten und mit Unterstützung aller denkenden Arbeiter des Saargebietes die sonderbündlerischen Bestrebungen zu vereiteln.

# Griechenland in der Kleinen Entente?

Belgrad, 4. Jänner. Anlässlich der Anwesenheit des Athener Gesandten Balugis in Belgrad wird in politischen Kreisen die Frage des eventuellen Eintrittes Griechenlands in die Kleine Entente erörtert. Balugis erstattete dem Außenminister Nikis Bericht über die Dispositionen der griechischen Regierung zur Frage der freien Handelszone für Jugoslawien im Hafen von Salonik.

Copyright 1922 by Der Wall-Verlag, Berlin-Potsdam.

# Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (47)  
Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

58.

Um ein Uhr trug ich Zimmermann das Essen in sein Zimmer und sah mit Bestürzung, daß er das Frühstück nicht angerührt hatte. Ich wagte ihn anzusprechen, er aber blähte vor sich hin und beachtete mich nicht. Um sechs Uhr brachte ich ihm abermals zu Essen und sah, er hatte überhaupt noch nichts zu sich genommen; auch jetzt verbarste er stumm. So trug ich denn die Platte zurück und sagte zu T. S.: „Wir haben einen Hungerstreik auf dem Hals.“

Selbstverständlich konnten wir unter solchen Umständen auch unser Diner nicht recht genießen. T. S. vernachlässigte die Geschäfte, wanderte planlos umher, setzte sich, stand gleich wieder auf, legte sich dann abermals zu Essen und sah, er hatte überhaupt noch nichts zu sich genommen; auch jetzt verbarste er stumm. So trug ich denn die Platte zurück und sagte zu T. S.: „Wir haben einen Hungerstreik auf dem Hals.“

Selbstverständlich konnten wir unter solchen Umständen auch unser Diner nicht recht genießen. T. S. vernachlässigte die Geschäfte, wanderte planlos umher, setzte sich, stand gleich wieder auf, legte sich dann abermals zu Essen und sah, er hatte überhaupt noch nichts zu sich genommen; auch jetzt verbarste er stumm. So trug ich denn die Platte zurück und sagte zu T. S.: „Wir haben einen Hungerstreik auf dem Hals.“

Es begann damit, daß T. S. von den vielen Annoncen sprach, die er der „Times“ gebe und erwähnte, er bitte selten genug um eine Gefälligkeit, jetzt aber verlange er eine, die „Times“ solle sich nicht mehr um den Propheten Zimmermann und besonders nicht um die Verbindung der Propheten mit der Filmindustrie. Alles sei in Ordnung, der Prophet störe niemanden.

Blühlich, mitten in seinen beredtesten Sätzen, schneite T. S. auf, brüllte: „Wie?“ und dann: „Mensch, Sie sind ja verrückt!“ Er wandte sich mir zu, mit verstörtem Gesicht: „Willy! Sie haben eben einen Report erhalten: Zimmermann steht auf den Stufen des Rathhauses und spricht zu der Menge.“

Der Filmkönig wartete nicht darauf, daß ich ebenfalls aufschneite, er beachtete auch meine Worte nicht, schrie ins Telefon: „Mein Gott! Mensch, ich weiß nichts davon. Vor zwei Stunden brachten wir ihm das Essen ins Zimmer. Er wollte nichts essen, wollte nicht reden.“

Wehr hörte ich nicht, denn ich stürzte aus dem Zimmer und raste ins obere Stockwerk. Die Tür von Zimmermanns Stube war noch verperut, aber der Raum war leer, der Vogel entflohen.

Wie war er entkommen? Wer er durchs Fenster gelaufen, an der Regenrinne hinabgeglitten? Oder war es ihm gelungen, einen Diener zu überreden? Oder war dies die Tat eines Reporters, oder eines unfreier Feinde? Ich rannte hinunter, holte mein Auto aus der Garage und raste in die Stadt. Wie Zimmermann so rasch in die Stadt gelangt war, konnte ich mir erklären, denn es verkehrten unzählige Automobile in dieser Gegend, und jeder Transportkutscher ist bereit, einen Fremden mitzunehmen.

Nach erreichte die Stadt und sah, die Brigade hatte sich tatsächlich bereits vollständig eingefunden. Den ganzen Tag über waren Extrasüge einelaufen, Dubende, aus allen Richtungen, und nun waren die Straßen voller Männer in Uniform, die Arm in Arm d'hinmarschierten, singend, jubelnd, brüllend, Abenteuer suchend. Morgen war der erste Feiertag, der Tag der großen Parade; der heutige Abend gehörte der tollen Lustigkeit. Heute stand alles den Brigadeführern zur Verfügung, ihnen und jedem, der sich eine Uniform ausborgte. Die herrschende Stimmung wurde in der „Times“ wiedergegeben: „Hallo! Wollt ihr eine Zigarette? Nehmt noch eine. Nehmt alles, was euch beliebt! Die ganze Stadt ist euer. Nehmt sie ins Lager mit. Tut mit ihr, was ihr wollt. Gebt ihr Befehle. Laßt euch von ihr speisen. Laßt sie eure Stiefel putzen. Laßt sie für euch den Hof halten, wenn euch hoch wird.“

Wir hatten eurer Befehle. Stobt uns zurück, wenn wir euch stören. Stobt uns von der Straße fort. Gebt uns eure Handtasche zum Tragen. Können wir etwas für euch besorgen? Wenn ihr irgendwohin gelangen wollt, fragt nicht nach der Richtung, bestiegt einfach ein Auto.

Noch eine Zigarette, ehe wir uns trennen. Stobt euer Geld ein, hier braucht ihr es nicht. Western City zahlt.“

Ich sah, ich würde niemals durch das Gedränge kommen, so stieg ich denn aus und strebte zu Fuß weiter. Unterwegs sah ich, die Brigade habe der Aufforderung der „Times“ Folge geleistet: habe sich völlig der Stadt bemächtigt. Man konnte kaum vorwärts gelangen. Jeder zweite der lärmenden, stöhnenden Leute trug Uniform. Auch wurde überall Alkohol verkauft. Man begegnete einem Mann mit einer Flasche in der Hand und den Spuren anderer Flaschen auf dem Gesicht, er versuchte einen zu umarmen, bot einem einen Schluck an. Etwas weiter forderte ein zweiter einen auf, allen Anwesenden etwas zu trinken zu zahlen. Wenn es der großen Republik Mobland nicht gelungen war, den zurückgekehrten Kriegshelden die neue Welt zu geben, die sie ihnen versprochen hatte, ja, wenn sie ihnen nicht einmal die Arbeit geben konnte, die sie verloren hatten, so war es doch das

mindeste, daß sie ihnen gestattete, sich zu betrinken.

Zimmer wieder mußte ich Gruppen von zehn oder zwanzig rotgesichtigen betrauten Männern ausweichen, die auf dem Trottoir Würfel und Anobeln spielten. Dabei tranken sie und sangen: „Wir brauchen bloß den Werbebettel unterschreiben, Wir kriegen keinen gottverdammten Cent.“

Etwas weiter entfernten versuchten eifrig Automobile durchzukommen, und die Menge vernagte sich damit, leere Kannen und Flaschen vor sie hinzurollen. Jemand brüllte: „Wer hat den Krieg gewonnen?“ Und die Antwort kam: „Die verfluchten Drückeberger!“ oder „Die verfluchten Offiziere!“ Dann zogen die Leute weiter, sangen im Gesang:

„Jetzt bist du im Meer,  
Du bist nicht mehr hinterm Pflug.  
O du Bundesohn,  
Wirft nie reich genug.  
Jetzt bist du im Meer.“

Und aus einer anderen Straße klang es:

„Mein Mädchen lebt in Baltimore,  
Die Straßenbahn hält vor ihrem Tor.“

Manchmal sah man auch einen Ringkampf oder ein Gefecht mit Flaschen, und die Menge versuchte, die Kämpfer zu trennen. Ich schritt dahin, das Herz voll Angst und Sorge. Da ich noch eifrig Block vom Rathhaus entfernt war, sah ich das, was ich gefürchtet — sah meinen Freund Zimmermann in den Händen des Mobs.

(Fortsetzung folgt.)



# Erziehung und Schule.

## Arbeitschule.

### Der Stand des Volks- und Bürgerichu. weisens in Böhmen\*)

Ein Bericht, den der Landeschulrat in Prag über den Stand der deutschen und tschechischen Bürgerschulen in den tschechischen Ländern veröffentlicht, ermöglicht es, an ein paar kurzen, schlagenden Biffen die Verhältnisse zu veranschaulichen, die im Bestand der deutschen niederen Schulen Böhmens angeordnet worden sind, und das zweierlei Maß, mit welchem die Behörden die Schulbedürfnisse der Tschechen und der Deutschen messen.

Im Jahre 1918 gab es 2345 deutsche Volksschulen mit 7532 Klassen, heute zählen wir nur noch 2257 Schulen mit 6487 Klassen. Wir haben also einen Verlust von 88 Volksschulen und 1045 Klassen zu beklagen, dem nur der kleine Gewinn von 15 Bürgererschulen und 39 Bürgererschulklassen — 1918: 244 Bürgererschulen mit 944, 1922: 259 Bürgererschulen mit 983 Klassen — gegenübersteht.

In derselben Zeit hingegen sind die tschechischen Volksschulen von 3378 auf 3470 angewachsen, weisen also ein Plus von 92 Schulen auf, und lediglich die Klassenzahl hat sich von 11.710 auf 11.509, also um 141, vermindert. Dieser kleinen Einbuße steht aber das gewaltige Wachstum an tschechischen Bürgererschulen tröstlich gegenüber: gab es doch 1918 bloß 300 mit 1637, heute jedoch 622 mit 2519 Klassen!

Sollten die Tschechen auf Grund der landes-schulrätlichen Statistik mit dem Argument treten wollen, daß der Bestand ihrer Volksschulen von 3787 im Jahre 1920 auf 3470 im heurigen Jahre reduziert wurde, daß sie sich also tapfer, wo es nötig war, auch in eigene Fleisch geschnitten haben, so ist dem gegenüberzuhalten, daß dieser Verlust nur auf dem Papier steht. Denn die vom Landeschulrat abgeschriebenen Schulen wurden, als Minoritätsschulen, einfach für das sie jetzt verwaltende Schulministerium gutgeschrieben, sie bestehen demnach fort. Man darf also nicht als Opfer andeuten, was in Wahrheit lediglich ein Bilanzierungsartefakt ist. Sehen wir von solchen bilanztechnischen Mäßen ab, so müssen wir als Gesamtgewinn der tschechischen Volks- und Bürgererschulen in Böhmen 865 Anstalten mit 1881 Klassen buchen, während die Deutschen den Verlust von 72 Anstalten mit 974 Klassen aufweisen.

In scharfem Gegensatz zu diesen Zahlen steht die Statistik des Schülermaterials. Da hört nämlich die große Spannung zwischen Deutschen und Tschechen auf und es zeigt sich, daß beide Nationen in Böhmen ungefähr gleichviel an Nachwuchs eingebüßt haben, die Deutschen 64.079 und die Tschechen 69.470 Kinder. Die deutsche Volks- und Bürgererschule zählt gegenwärtig nämlich 327.235, die tschechische 628.763 Köpfe. Im letzten Schuljahre im besondern sank die deutsche Schülerzahl nur um 6,8 Prozent, die tschechische hingegen um 7,83 Prozent, der tschechische Verlust ist also um 1,2 Prozent größer.

Verteilen wir sämtliche Schüler auf sämtliche Klassen, so ergibt sich in tschechischen Schulen ein Klassendurchschnitt von 44,6, in deutschen von 43,8 Kindern. Auch die strengst wägende Gerechtigkeit wird also nicht behaupten wollen, daß sich das deutsche Schulwesen dem tschechischen gegenüber irgendwie im Vorteil befindet, und vom Klassendurchschnitt aus die Auflösung weiterer deutscher Klassen rechtfertigen zu wollen, wäre die ärgste Spiegelbilderei. Müßten doch, wollte man den gleichen Grundsatz auch auf die tschechischen Schulen anwenden und die „gesetzliche“ Mindestzahl von 30 Schülern zur Grundlage der Reduktionen machen, nicht weniger als 628 tschechische Klassen vom Erdboden verschwinden. Gesah das? Und wird es geschehen? Nein, und im Interesse der allgemeinen Volksschule wäre es auch ein nicht wieder gutzumachender Schaden. Aber aufreißend verschiedenes Maß ist es doch, wenn auf Grund derselben Geheßparagraphe 974 deutsche und bloß 141 tschechische Klassen aufgelassen wurden, der tschechische Verlust überdies sofort durch Neuerrichtung von 1881 Klassen reichlichst wettgemacht ward.

Wie verhält sich schließlich der eben errechnete, vom pädagogischen Standpunkt noch immer zu hohe Klassendurchschnitt: von rund 44 mit dem „kleinen Schulschnee“? Dieses Nachwort schlimmster Art hält bis zum Jahre 1927 nach wie vor am Maximum von 80 Schülern fest, verbietet also die Teilung einer Klasse, solange diese Höchstgrenze nicht erreicht ist, und verbietet deren Auflösung, wenn ihr Besuch unter 30 sinkt. Nicht weniger als 3006 tschechische und 2016 deutsche Klassen mühten dem Einzelteil diesen unerhörten, aller pädagogischen Erkenntnisse spottenden Bestimmungen zum Opfer fallen, aber unbefragt! Man wird sie, sobald der Landesausschuß, auf seinen „Schein“ gestützt, vom Landeschulrat Auflösungen verlangen wird, wohl nur dann hervorziehen, wenn es sich um weitere Abwürgungen deutscher Klassen handeln wird, die tschechischen Klassen gegenüber wird die Pädagogik das letzte Wort haben und das „keine Schulfeier“ in den Wind gesetzt werden. Denn bekanntlich geschieht hierzulande die Gesetzesmacherei nicht, um den Notwendigkeiten der Zeit und der Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen, sondern um der Herrenvollpolitik geeignete Waffen gegen die Minderheiten in die Hand zu liefern. Vor dem Gesetze sind alle gleich — versteht sich, solange das Gesetz auf dem Papier steht. In der Praxis wird gewogen nach zweierlei Maß.

Aus der Lehrertätigkeit von Ernst Moser-Leonhard.

Auf einem schulhygienischen Kongreß schlug ein Schularzt vor, man solle aus Sparmaßregeln die Schüler selbst ihr Schulgebäude reinigen lassen, und meinte, das liege ja auch ganz im Sinn der Arbeitschule. Ein Architekt warnte aber dann vor der übertriebenen raschen Einführung der Arbeitschule, weil die für die manuelle Betätigung der Schüler erforderlichen Apparate heutzutage zu teuer seien.

Beide Redner waren Beweise für die gründliche Unkenntnis, worin sich weite Kreise befinden, wenn sie von Arbeitschule reden oder hören. Denn viel wichtiger als die manuelle Arbeit ist die grundsätzliche Durchführung des Arbeitsschulgedankens — auch und gerade auf der höheren Schule, wo die Handarbeit ja gar keine Rolle spielt. Der Schüler und der Lehrer haben auch früher gearbeitet, der grundsätzliche Unterschied liegt nur in der Methode. Früher hat man uns die Probleme gezeigt und erklärt, die Arbeitschule will zunächst den Schüler selbst die Probleme finden lassen. In Kunstgeschichte: Nicht soll der Lehrer an Hand von Bildern einen zusammenhängenden Vortrag halten — er soll überhaupt viel weniger reden als früher, und dafür sollen die Schüler denken und sprechen — sondern er soll zwei Bilder zeigen, und die Schüler durch eigenes Sehen, daß man in der Skulptur linear, flächig und klar darstellt, im Vorfeld aber malerisch, tief und unklar. Oder: Im Sprachunterricht werden unbekannte Vokabeln nicht mit ihrer deutschen Bedeutung dargeboten, sondern die Hausaufgabe lautet: Seht euch die neuen Wörter an und stellt die Zusammenhänge fest, die ihr zwischen den neuen Wörtern und den Euch schon bekannten herstellen könnt! Da bringt etwa einer zum griechischen gala (Milch) die nette Assimilation an Gala-Peter, die Milch-Schokolade; überhaupt kommt man dabei oft weiter, das vorgeschriebene Pensum ist unwichtiger als die Vorgeführung eines Gedanken und die Förderung selbständiger Denkarbeit. Bei „Chilon“ erwähnte ich, daß dies ein semitisches (phönizisches) Kleidungsstück gewesen sei, dessen Name die Griechen mit der Suche auf dem östlichen Handelsweg übernommen hätten; sofort brachte ein Schüler die Parallele, daß die Namen unserer Damenbekleidung französischen Ursprungs seien. Das ergab dann einen kurzen Mode-Ekurs, wie sich in der vorherigen Stunde ganz von selbst ergeben hatte, daß alle Steinbauausdrücke — vom Fundament mit Arkaden über Mauer, Fenster, Pforte bis hin zum Dach — aus dem Lateinischen gekommen sind, eine kulturgeschichtlich wichtige Tatsache für die Herkunft unserer Steinbaukunst.

Das sind natürlich alles keine erschütternden neuen Tatsachen — aber die wird man mit vierzehnjährigen nicht schaffen, und darum handelt es sich auch gar nicht. Man tut der Arbeitsschul-Idee einen sehr schlechten Dienst, wenn man ihre Ergebnisse und Möglichkeiten zu hoch preist. Gerade keine geistige Ueberanstrengung soll ja erzwungen werden, der Schüler soll nicht nachplappern, wie es die Doziermethode zweifellos immer wieder anezogen hat. Aber die Stunde soll geistige Denkarbeit des Schülers verlangen, nicht nur ein Nachreden oder ein Anwenden irgend eines Rezeptes lehren. Das ist anstrengend, und wer solchem Unterricht beiwohnt, der empfindet das oft mit. Namentlich wer noch der alten Methode zu hofplizieren pflegte und dabei Stunden sah, worin Schlag auf Schlag gefragt und geantwortet werden mußte. Das ist in der Arbeitschule unmöglich. Der Schüler muß denken, und das dauert ja selbst bei Erwachsenen gelegentlich mal einige Minuten. Am schlechtesten schneiden dabei natürlich die Denkschwachen und Denkschwachen ab, während die Intelligenzienten andauernd auf ihre Rechnung kommen, was bisher gar zu oft nicht der Fall war. Jetzt wird oft der Schüler selbst zum Unterrichtsleiter, wocunter natürlich keine Schulpfeiler zu verstehen ist; der Lehrer tritt aber zurück, er erscheint nur noch als Unvorteilhafter, als Retter in der Not, wenn die Klasse allein nicht mehr weiterkommt. Nichts soll von außen herangebracht werden, was von innen irgendwie sich entwickeln läßt. Also gerade umgekehrt wie beim Militär, wo mir mein Feldwebel vor der Offiziersprüfung zwei „goldene Regeln“ mitgab: Vor allen Dingen muß immer was gefahren, was ist ganz wurscht; und zweitens muß man auf jede Frage sofort etwas antworten, und wenn's der größte Mist ist. Kurz: Es muß klappen!

Nein, in geistigen Dingen kommt die Sache durchaus nicht immer wie eine Maschine, und wer dazu erzogen wird, ist eben eine vielleicht sehr gut funktionierende Maschine, aber kein Mensch, wie wir ihn brauchen. Das Wort von der „schöpferischen Pflanze“ hat einen sehr tiefen und berechtigten Sinn auch in jeder einzelnen Schulstunde, und wer da glaubt, im Arbeitsunterricht gehe es chaotisch-enthusiastisch zu, der irrt sich sehr. Es geht oft sogar sehr, sehr langsam, und ganz gewiß oft viel langsamer als in der alten Lernschule. Denn wenn ich einen neuen Satz in der Fremdsprache biete und ihn selbst übersehe, dann kann ihn wohl jeder einigermaßen aufmerksame Schüler sofort nachreden; wenn ich aber den neuen Satz von den Schülern selbst entwickeln lasse, dann dauert das eben so lange, bis dieser geistige Vorgang abgelaufen ist.

Überall, wo man hinsieht, regt sich der Arbeitsschulgedanke. Auf einem Londoner Volksbildungskongreß wurde die Arbeitsgemeinschaft anstelle der Volksvorlesungen besprochen, die Reform-Volksschulen veröffentlichten Arbeits-Schulbücher für alle Zweige, auf den Universitäten treten die Seminarbetriebe gegenüber den Vorlesungen immer mehr in den Vordergrund, und in Cambridge sind Lateinbücher erschienen, denen wiederum diese Idee zugrundeliegt. Die höhere Schule, bisher allzu einseitig als Lernschule gepflegt, muß sich umstellen, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden will, lebenslangliche Führer vorzubilden, die nicht nachreden und nicht sofort eine Antwort parat haben, sondern den

ausstehenden Problemen wirklich innerlich gewachsen sind.

Man verspreche nicht Unmögliches: Auch die Arbeitschule wird aus einem Dummkopf keinen Rant machen, und auch hier wird mit Wasser getocht. Und ferner: Es hat schon immer Lehrer gegeben, deren Unterricht dieser Methode sehr weit entgegenkam, die auch ihre Schüler zum Selbstdenken anhielten. Es waren wohl immer die, die mit dem „Pensum“ nicht fertig wurden, oder sich garnicht darum kümmerten. Alle namentlich, die von der auf der Schule lehrplanmäßig fast verkannten Westheit an die gerade dafür so empfängliche Jugend herankamen, also alle, die mit ihnen Theater spielten oder musizierten oder bildnerische Werte schufen, alle die waren oft sich selbst unbewußte Vertreter der Arbeitsschulgedanken. In Jahren, wo alles auf Aktivität drängt, hält die Schule den Jüngling systematisch vom Handeln ab — klug Scheffler schon vor vielen Jahren. Es handelt sich eben vorwiegend um die Ausbildung einer geistigen Fähigkeit, die weiter und weiter gepflegt werden soll, und nicht um einen auswendig zu lernenden Stoff, der vielleicht bei einem Examen gerade ausreicht, aber dann möglichst schnell vergessen wird. Man prüfe sich doch nur selbst, was man an Eigenwissen noch sein eigen nennt, — ich glaub', es gäbe ein trauriges Pfündlein wertlosen Ballastes!

### Eine Anstalt für Büchertunde des Erziehungsweens.

Der Deutsche Lehrerbund für die Tschechoslowakei, die Organisation der gesamten Volks- und Bürgererschullehrerschaft, hat eine für Bestand und Zukunft der deutschen Schule nützliche und wertvolle Anregung gegeben. Es soll im Rahmen des Bundes eine Anstalt geschaffen werden, in der alle für alle Zweige und Fragen des Weens wichtigen Publikationen gesammelt oder, wenn ihre direkte Gewinnung nicht möglich ist, zwecks praktischen Gebrauches, für Interessenten der Schule in Evidenz gehalten werden. Ein solcher Plan, wenn ernstlich durchgedacht und nach allen beachtlichen Richtungen durchgeführt, könnte für das deutsche Schulwesen zu einer ähnlichen Bedeutung gelangen, die für das tschechische Schulwesen der Republik das Prager Komensky-Institut besitzt. An der Verwirklichung dieses Planes haben nicht etwa nur die Lehrer, sondern auch die der schicksalsschweren Lage der deutschen Schule auch alle anderen Kreise ein Interesse, falls ihnen Erhaltung, Entwicklung und Ausgestaltung des deutschen Schulwesens keine gleichgültige Sache ist.

Die Anstalt ist vorerst gedacht als eine Auskunfts- und Austauschstelle für bibliographische Nachweise für alle mit der Schule unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Gebiete. Ihre Tätigkeit soll sich auch auf reichsdeutsche, österreichische und schweizerische Schulen erstrecken; die freie Volksbildung soll in ihren Anregungen nicht an die Staatsgrenzen gebunden sein. Das ganze Material, das in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen verstreut ist, soweit es sich auf Pädagogik, Schulpolitik und Schulstatistik erstreckt, soll an einer zentralen Stelle systematisch geordnet und dem idealen Zwecke dienstbar gemacht werden, das deutsche Schulwesen auf der wissenschaftspädagogischen Höhe zu erhalten oder noch höher zu bringen. Die Arbeit der Anstalt für Büchertunde erstreckt sich auf mannigfache Gebiete der Schulkunde. Zunächst auf das Gebiet der Pädagogik selbst. Hier ist das Material fast unüberschaubar. Nicht nur, weil die im Fluße befindliche pädagogische Wissenschaft eine sehr umfangreiche Produktion aufweist, sondern auch, weil die Lehrerverorganisation entsprechend ihrer Gliederung und ihres Aufbaues, an den verschiedensten Stellen mit der Erörterung pädagogischer Fragen befaßt ist. Was in Reichs-, Landes- und Bezirksverbänden, auf Tagungen und Enqueten, in verschiedenen Studienkommissionen, in Fachzeitschriften und Tagungsblättern verstreut ist, soll durch bibliographische Nachweise für jeden einzelnen, der sich dafür interessiert, erschaubar gemacht werden. Ebenso tausende zitierte und darum der Nachbarschaft zugänglich zu machende Materialien auf schulpolitischem Gebiete. Die Bestrebungen in Fragen der Schulreform, des Verhältnisses von Schule zu Kirche und Staat, die die Geister aus lebhafteste beschäftigen und deren Bedeutung für die soziale Frage nicht unterschätzt werden darf, erfordern gleichfalls eine systematische Zusammenfassung nach der bibliographischen Seite, an der es bis heute gefehlt hat. Dieser Teil der Tätigkeit ist kein spezifisch deutscher und kein spezifisch nationaler. In einer systematischen Behandlung dieses Arbeitsgebietes hat auch das tschechische Schulwesen ein Parallelinteresse. Sehr wichtig ist die schulstatistische Aufgabe. Sie hat nicht allein das soziologische Problem der Schüler zu behandeln, ihre Zusammenhänge mit Volksvermehrung, Säuglings- und Kindersterblichkeit, Wanderbewegung, sondern auch das traurige Gebiet von Ausweisungen und Drosselungen deutscher Schulen und durch exakte Nachweise das Schicksal des deutschen Schulwesens in seiner zahlenmäßigen Wahrheit zu schildern.

Die Durchführung dieser mannigfachen und erfolgreichen Arbeiten wird dadurch erleichtert, daß für einige Tätigkeitsgebiete schon Teile vorhanden sind, die in den Rahmen des Ganges einzufügen wären, wie Reichs- und Landesstellen, nationale Schulbuchstellen, Prüfungsausschuß für Jugendchriften, pädagogische Zentralbücherei, von denen die letzten drei schon heute eine Arbeitsgemeinschaft darstellen. Für jedes dieser Gebiete wird die Art der Tätigkeit in dem Vorschlage des Lehrerbundes festgelegt.

Das Ziel dieses großen, reicherorganisierten Apparates ist also die Schaffung einer Arbeits- und Forschungsstätte für das Schulwesen aller deutschen Minoritäten. Für dieses Ziel soll alles herangezogen werden, was geeignet ist, die Auskunftsstelle für die pädagogische Literatur, den ersten Schritt des ganzen Beginnens, so rasch als möglich ins Leben zu rufen. Jeder Lehrer, wenn er auch im kleinsten Dorfe tätig ist, soll mit Hilfe dieser Arbeitsstelle in die Lage

versetzt werden, aus seiner pädagogischen Isolierung herausgerissen zu werden und mit Umgehung des bisherigen langwierigen und ermüdenden Weges sich für jedes in ihm leuchtende Interesse so rasch als möglich die nötige Aufklärung zu beschaffen. In jedem Bezirksverein sollen alle die Schule betreffenden Beiträge in ein Verzeichnis zusammengelegt und der Zentralarbeitsstelle übermittelt werden aus Büchern, Rezensionen, sonstigen pädagogischen Publikationen. Nicht die Abhandlungen selbst sollen eingekauft werden, sondern ihre Auffindbarkeit für den Interessenten erleichtert werden. Für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 1920 werden die Bibliographien der Zeitschriften und Rezensionen herangezogen, Bücher und Zeitschriften daraus in nachgeschickten, bedeutendere Aufsätze über Schulpolitik und Schulstatistik in den Tagesblättern und soweit es sich um den Stand des Schulwesens handelt auch in den kleinsten Provinzialblättern in Evidenz gehalten werden. Man sieht also, daß es sich um eine für das deutsche Schulwesen wichtige und der Förderung würdige Unternehmung handelt. Eine wichtige Förderung wäre es, wenn alles, was sich an diesbezüglichen Material seit der Zeit vom 1. Oktober 1918 in Privatbesitz befindet (Bücher, Zeitschriften, Zeitungsausschnitte) der pädagogischen Arbeitsstelle des Lehrerbundes in Reichenberg, beziehungsweise in Jivittau zur Verfügung gestellt wird. In dieser Zeit, da das deutsche Schulwesen einen schweren Daseinskampf zu führen gezwungen ist, ist jede Arbeit, die zur Vertiefung des Schulproblems gehört, nicht hoch genug anzuschlagen und jede Arbeitsleistung ist zugleich indirekt eine Unterstützung im Kampf um die Schulautonomie, deren Berechtigung durch autonome Leistungen der Schule auch vor den Faktoren erwiesen wird, die außerhalb des Deutschseins über das Schicksal der deutschen Schule mitentschieden. Auch als Sozialist im Begriffe wir jede Arbeit, welche der Schulpolitik im Sinne unseres Autonomieprogrammes entspricht.

Erlagshelme des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, Leopold-Schönbauer liegen der heutigen Nummer unseres Blattes bei. Die Genossen Mitglieder des genannten Verbandes mögen die Helme zum Vergleich der laufenden Mitgliedsbeiträge verwenden.

### Kleine Chronik.

Eine Skizze in einem Wiener Polizeikommissariat. Mittwoch kam eine Frau in ein Wiener Wohnzimmer und bat um Hilfe gegen einen Mann, der sich vor der Wohnung des Werdelschuhauers Josef Fischer aufhalte und sich weigere, das Haus zu verlassen. Kommissar Michael Rodriß ging in das Haus. Der Mann, der nicht wegehen wollte, war der 25jährige Wehrmann Edward Wiegler. Die Hausgebinin Fischers, die 29jährige Josefina Wailerhofer, gab an, daß sie mit Wiegler ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, das sie aber nach wenigen Wochen wieder löste. Nun verfolgte sie Wiegler fortwährend mit Liebesanträgen, sie wollte aber von ihm nichts wissen. Durch Zufall habe er sie am Stephanstag in einem Gasthause im Prater getroffen. Als sie es wieder ablehnte, die Beziehungen zu ihm wieder aufzunehmen, habe er ihr in allem Ernste angedroht, sie zu erstechen. Wiegler wurde von dem Inspektor aus dem Hause gewiesen. Am Abend ging Rodriß wieder in das Haus, um im Geischaft des Fischers weitere Erhebungen zu pflegen. Er erfuhr dabei, daß sich Wiegler wieder in der Nähe des Hauses herumtreibe. Er traf den Mann tatsächlich beim Gasthause an. Nun stellte Rodriß den Wiegler zum Wohnzimmer Kolunbasgasse. Dort wurde der Mann untersucht und man fand bei ihm ein Bajonett, das ihm abgenommen wurde. Zur weiteren Amtshandlung führte Inspektor Rodriß den Mann zum Kommissariat Favoriten, bei dem die Wailerhofer schon als Zeugin sah. Der Schriftführer Edward Wobanka hatte eben die Meldung des Wailerhofers niedergeschrieben und den Auftrag erteilt, Wiegler in den Arrest abzuführen, als sich der Wehrmann plötzlich auf die Wailerhofer stürzte und ihr mit einem Taschenmesser, das er im Mantelfack versteckt gehabt hatte, einen Stich in den Hals versetzte. Wobanka und Rodriß legten sich ins Mittel; doch nun wendete sich der Wehrmann gegen beide und verletzte auch sie durch Stiche. Nach hartem Kampfe erst konnte der Mann überwältigt werden.

### Zum Nachdenken.

Dieser Jüngling mit den roten Händen singt abendlich im Kabarett drei unanständige Lieder; singt sie so eindrucksvoll, daß die Zuhörer innerhalb zwanzig Minuten mehr als achtmal hell aufstehen. Davon lebt dieser Jüngling. Architekten haben einen Plan entworfen, Maurer ein Haus geschichtet aus mühsam gebrannten Ziegeln, und der Jüngling wohnt darin. Man züchtet in Australien Schafe, bringt ihre Wolle auf Dampfer nach Europa, webt in Chemnitz Tuch daraus, damit der Jüngling seinen Frack bekomme. Im Hemd aus schlesischem Flach trägt der Jüngling eine Perle; malaiische Taucher mußten sie aus Meeresstiefen holen. Und das Gold für seine Uhrkette haben Kulis in Alaska gewaschen. Ein holsteinisches Kalb lief für des Jünglings Schuhe sein Leben. Ist das nicht ein bißchen viel Aufwand für drei kleine Lieder? Die nicht einmal von diesem Jüngling sind? Ich sage nichts gegen ihn. Ich bewundere nur die Menschheit, die es aus kleinen Urwaldansängen mit Werkzeugen von Feuerstein in ein paar lumpigen Jahrtausenden so herrlich weit gebracht hat. Roba Roba.

\* Der obenstehende Aufsatz ging uns vom Schulausschuß des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper mit der Bitte zu, ihn erst am Samstag, den 6. Jänner, zu veröffentlichen. Wir haben uns selbstverständlich an den Termin gehalten, das „Prager Tagblatt“ und die „Bohemia“ die den Artikel mit genau demselben Erlaube zugewandt erhalten, haben ihn bereits gestern veröffentlicht. Ueber diese Handlungsweise kann sich jeder sein Urteil bilden.



### Brief aus Rumänien.

Während man in anderen Staaten um die Erhaltung des Achtstundentages kämpft, arbeiten in Rumänien selbst Kinder zwölf und mehr Stunden; während man in anderen Staaten um die Höhe und die Bedingungen der Arbeitslosenunterstützung streitet, gibt es in Rumänien nicht einmal eine Armenfürsorge, geschweige denn eine Arbeitslosenunterstützung; während in anderen Staaten die Betriebsräte eine feste Einrichtung geworden sind, hat man in Rumänien den Krankenlassen die Autonomie genommen, und werden die Angestellten der Gewerkschaften als „Erwerblos“ nach dem Vergabengesetz in ihren Geburtsort abgeschoben.

Diese knappe Gegenüberstellung, die Genosse Pistner, der einzige sozialistische Abgeordnete im rumänischen Parlamente, gelegentlich der letzten politischen Debatte machte, kennzeichnet die Rückständigkeit des Landes. Er ergänzte sie damit, daß gegen das Gesetz eine Briefkastur besteht, Zeitungen in der Verbreitung behindert und vom Auslande nicht einmal wissenschaftliche Zeitschriften in die neuen Provinzen eingeführt werden dürfen. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Arbeiterbewegung schwer zu kämpfen hat, da den Gewerkschaften täglich die Auflösung und Sperre der Vereinslokale droht, den Vertrauensmännern aber monatelange Haft in elenden Gefängnissen, Prügel und zuweilen noch Aergeres, da auf jeden größeren Streik mit der Militarisierung der Arbeiter geantwortet wird. Bedenkt man, daß es nicht möglich ist, die ökonomischen Verhältnisse lassen sich auf die Dauer nicht niederhalten, wenn nicht die Kommunisten wären. Nachdem es ihnen gelang ist, die großen Gewerkschaften der Hauptstadt völlig zu zerstückeln — wo früher 40.000 Arbeiter organisiert waren, sind es heute trotz großer Betätigung, kaum 3000 — haben sie ihr Tätigkeitsfeld jetzt in den Banat verlegt. Diese ehemals ungarische Provinz ist die industriellste, Eisenminen und große Eisenwerke, eine gute Textilindustrie, Kohle und Wagnfabriken sind hier. Hier bestehen alte Organisationen. Die Arbeiter sind meist Deutsche und Ungarn. Obwohl nun die Gewerkschaften bisher einheitlich sind, beginnen die Kommunisten ihre Zerstörungsarbeit unter dem Titel der Einheitsfront. Die politischen Blätter sollen den Gewerkschaften unterstellt werden, damit so die kommunistische Einfluß auf die sozialistischen Zeitungen bekommen. Unter dem Titel der Autonomie der Jugendbewegung wollen sie diese den Kommunisten dienstbar machen. Statt gegen die Reaktion zu kämpfen — das Wort „Bourgeoisie“ würde eine Entwicklungstufe voraussetzen, die nicht da ist — muß so die bewußte Arbeiterschaft diese Angriffe abwehren.

Eine Zeitung hat die Regierung viel Geld und Mühe aufgewendet, um eine gelbe Arbeiterbewegung zu schaffen, aber es ist ihr mißlungen, so sehr mißlungen, daß der von ihr in das Parlament entsandte Vertreter der Gelben bei der letzten Debatte unter dem Druck der Arbeiter erkläre mußte, er stimme gegen das Vertrauensvotum. In wenigen Monaten hat die gelbe Bergarbeiterorganisation fast ihren ganzen Mitgliederstand — etwa 8000 — an unsere Gewerkschaft verloren. Dank den Kommunisten hat es die Regierung jetzt nicht nötig, viel Mühe gegen die Arbeiter aufzuwenden, und so richtet sie im Augenblick ihren ganzen Anariff gegen die Bauernpartei (Zarunisten). Diese beeinflusst nicht nur die große Masse der kleinen Bauern, sondern zählt zu den ihren auch sehr viele städtische Kleinbürger, ja in Bukarest auch viele Arbeiter, die vom Bruderzwist angezogen und von dem radikalen Gehirnen verlost, in die Zarunistenpartei eintraten. Der Anariff nicht nur der Regierungspartei, sondern auch all der Reaktionsären, die sich augenblicklich in der Opposition befinden, richtet sich gegen die Zarunistenpartei, weil diese der Oligarchie am gefährlichsten ist. Solange die reaktionären Parteien unter einander kämpfen, ist es ein Kampf um die augenblickliche Aufteilung der Beute und die Lösung ist immer eine Teilung, wobei die Liberalen des Herrn Bratianu dank ihrer vortrefflichen Panorganisation immer den Löwenanteil bekommen. Die Zarunisten aber werden dem Spiel ein Ende machen, das Beutemachen wird unmöglich, wenn die Bauern zur Macht kommen. Daher die Feindschaft und der gehässige Kampf, der noch zu greifen und dramatischen Auseinandersetzungen führen wird.

Daneben gibt es noch eine Partei, die aber ihre Parlamentsmandate nicht ausübt, das ist die ehemals Siebenbürger Nationalpartei Manus und Bardas. „Ehemals Siebenbürger“, weil sie sich seither mit der altrumänischen Partei Tatescu verschmolzen hat. Auch ohne diese Verschmelzung hätte man gewußt, daß es mit der Demokratie der Siebenbürger nicht weit her ist, und doch sind sie nicht in einen Topf mit den reaktionären Parteien des Altreiches zu werfen, sie haben nicht nur mehr Kultur, sondern sind auch konstitutionell. Sie sind die Repräsentanten des Industriekapitals; sie sind chauvinistisch-dynastisch, zu einem Teile antisemitisch, aber konstitutionell und das ist in diesem Lande schon viel.

Wie lange sich die Liberalen noch am Ruder behaupten werden, ist schwer zu bestimmen. Es kann bis zu diesem, kann aber auch bis zum nächsten Februar sein. Die objektiven Ursachen werden dann ebenso vorhanden sein, wie heute. Die Regierungskrise ist ständig, weil der Staat sich in einer ewigen Krise befindet, die tiefer wurzelt als im Regierungssystem. Ohne weitgehendste Zentralisation und Autonomie für die Provinzen (Föderativsystem) kann die Krise nicht behoben werden. Es ist ein zu ungeheures Gespann, das dem Wagen fortbewegen soll.

### Gerichtssaal.

#### Der Spionageprozeß gegen Dr. Baeran

Prag, 5. Jänner. Der Prozeß gegen den Abgeordneten Dr. Baeran und den Juristen Karl Schwabe beginnt Montag, den 8. d. M. um neun Uhr vormittags vor dem Prager Schwurgerichte. Dr. Alois Baeran wird sich wegen des am 27. Jänner 1922 im Abgeordnetenhaus verübten Stinkbombenwurfes und wegen Spionage zu verantworten haben. Gegen den Juristen Karl Schwabe ist die Anklage wegen Spionage erhoben. Zu dem Prozeß sind insgesamt 17 Zeugen geladen, darunter als Kronzeugen in der Stinkbombenwurfsache der Präsident des Abgeordnetenhauses Franz Tomasek und Alois Sykora. Im Spionageprozeß wird als Zeuge auch der vor kurzem zu acht Jahren schweren Ketters verurteilte Leutnant Georg Nowakowski einvernommen werden. Außerdem sind eine Reihe von Gerichtsärzten, sowie Sachverständigen und Graphologen geladen. Das Beweisverfahren soll am 18. Jänner abgeschlossen werden, worauf die Plädoyers stattfinden. Die Urteilsverkündung soll nach unseren Informationen erst am 20. Jänner erfolgen. Da der Prozeß gegen Katalic für den 18. und 17. Jänner angelegt ist, so wird jedenfalls im Baeranprozeß an diesen beiden Tagen eine Pause eintreten, worauf er dann zu Ende geführt wird. Für den Besuch der Verhandlung sind Einlaßkarten erforderlich, die erst nach erfolgter Eintragung in eine im Gerichtspräsidium aufliegende Liste ausgefolgt werden.

### Die Vorkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei.

Die freien deutschen Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise. — Die Vorkonferenz für die baldige gesellige Durchführung der Sozialversicherung und für das uneingeschränkte Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Am Donnerstag, den 4. Jänner l. J., nahmen die auf zwei Tage berechneten Verhandlungen der Vorkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei ihren Anfang. Die Konferenz tagte diesmal in Reichenberg in der „Vereinshalle“. Vertreten waren 20 Verbände von den 23 dem Bunde angehörenden Gewerkschaften, dann 11 Kreisgewerkschaftskommissionen und 12 Fachblätter. Außerdem nahmen 12 Kommissionsmitglieder und ein Mitglied der Kontrolle an den Beratungen teil. Für den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei war Genosse Abg. Cermak erschienen.

#### Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“

mit den Unterabteilungen: a) unsere Aktionen, b) die Lage der Verbände, sprach als erster Berichterstatter Abgeordneter Genosse A. Roscher. Er schilderte in erschöpfender Weise die Folgen der nun schon Monate hindurch anhaltenden und immer schärfer werdenden Wirtschaftskrise, wendete sich gegen das rückwärtsgehende Vorgehen der Unternehmer, die die Krise zum Anlaß nehmen, die Löhne herabzusetzen und wies auf die traurigen Folgen hin, die alle Verschärfungen über treffen, die zu Beginn der Krise bestanden. Es handelt sich um keine gewöhnliche wirtschaftliche Krise, sondern um eine Erschütterung des ganzen industriellen Lebens, deren Ursachen zu suchen sind in den Nachwirkungen des Krieges und in den unglückseligen verbrecherischen Friedensverträgen, die ganz Europa in Not und Verwirrung gestürzt haben. In der Tschechoslowakei wäre die Lage der Industrie trotz der wirtschaftlichen Nachteile des Gewaltfriedens nicht so trostlos geworden, wenn eine andere Wirtschaftspolitik verfolgt worden wäre. Anstatt aber das ganze Augenmerk auf die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den anderen Staaten zu schaffen, die vor allem als Abgabebiete für die tschechoslowakische Industrie in Betracht kommen, haben die Regierungen unseres Staates sich als aegidische Werkzeuge der Sieger im Weltkriege betätigt, in der Wirtschaftspolitik Fehler auf Fehler begangen und dadurch die Anknüpfung von guten Handelsbeziehungen zu unseren eigentlichen Exportländern vernachlässigt. Nationaler Machtdünkel hat zu einer chauvinistischen Wirtschaftspolitik geführt, die Entwicklung der Industrie untergraben und dadurch Hunderttausende von Menschen in Armut und Elend gestürzt. Der Redner hält die Abänderung der Friedensverträge unbedingt für notwendig, wenn Europa und mit Europa auch der tschechoslowakische Staat endlich zu einer günstigen Entwicklung des Wirtschaftslebens kommen wollen.

Ueber den Umfang der Wirtschaftskrise, den geschäftige Goldschreiber der tschechoslowakischen Regierung gern zu verhüllen suchen, geben die Arbeitslosenziffern erschreckenden Aufschluß. So sind in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei von 105.000 Textilarbeitern rund 42.000 ganz arbeitslos und 53.000 arbeiten nur einige Tage in der Woche. Unter 25.000 deutschen Metallarbeitern zählte der Metallarbeiterverband 12.000 ohne Beschäftigung und 15.000 Kurzarbeiter. In der che-

mischen Industrie sind 90 Prozent entweder garnicht oder nur einige Tage in der Woche beschäftigt. Unter 12.500 deutschen Glasarbeitern, die im Verbands der Glasarbeiter vereinigt sind, haben 8000 keine Beschäftigung und 3700 sind Kurzarbeiter. Von 20.000 deutschen Bauarbeitern sind rund 16.000 derzeit beschäftigungslos. Im Bergbau steigt ebenfalls die Arbeitslosigkeit und Feiertagsschichten sind in allen Revieren an der Tagesordnung. Auch in den zahlreichen Zusammenbrüchen von größeren Unternehmungen drückt sich der furchtbare Niedergang der Industrie aus. Schon im Juli haben, wie Genosse Roscher weiter ausführte, die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in der Tschechoslowakei in einer gemeinsamen Kundgebung der Regierung den Ernst der Lage vor Augen geführt und Abhilfe verlangt. Es hat monatelang gedauert, ehe sich die verantwortlichen staatlichen Stellen mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen beschäftigten. Aber selbst dann hat es die Regierung dabei bewenden lassen, in einem salbungsvollen Aufrufe an die Bevölkerung einige unzulängliche Maßnahmen anzukündigen, von denen obenberein noch die meisten unausgeführt blieben.

Der Berichterstatter kommt sodann auf die gemeinsamen Forderungen der deutschen und tschechischen Gewerkschaften zu sprechen und bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, im Vorlombente, ebenso gemeinsam als die Beschlüsse am 5. Juli gefaßt wurden, für deren Anerkennung und Verwirklichung einzutreten. Es müsse aber immer wieder versucht werden, die Wirtschaftspolitik des Staates und seine Arbeiterpolitik im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen zu beeinflussen. Man dürfe nicht eher ruhen, bis auch die anderen Teile der Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei erkennen, daß ein geschlossenes gemeinsames Handeln allein aus der heutigen wirtschaftlichen Not herausführe.

Nach einer ausführlichen Beschreibung der einzelnen Forderungen der Gewerkschaften nach Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, schlägt der Berichterstatter folgende Entschlüsse vor:

Die privatkapitalistische Wirtschaftsform, der von den Siegerstaaten diktierte Machtfriede und die den besiegten Staaten auferlegten Lasten, sowie die schlechteste Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei sind die Ursachen der gegenwärtig herrschenden katastrophalen Wirtschaftskrise. Die Wahrung der Staaten ist gerüttelt oder schwankend, ein Objekt der wüsten kapitalistischen Spekulation, der Export und Import der Rohstoffe und Waren kost, die arbeitenden Menschen sind konsumunfähig und außerstande, sich die notwendigen Lebensbedürfnisse zu beschaffen, das Meer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schwillt unheimlich an, Lohndruck und Massenelend herrschen in der Arbeiterschaft.

In richtiger Voraussicht der Größe und des zunehmenden Umlanges der Wirtschaftskrise haben die Gewerkschaften der Tschechoslowakei schon am 5. Juli 1922 ihre Forderungen zur Milderung der Krise formuliert und deren Durchführung von der Regierung und der Nationalversammlung verlangt. Die Regierung und die Nationalversammlung hat zwei Monate untätig verstreichen lassen. Am 9. September trat die Regierung mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, versprach die größte Sparsamkeit im Budget, damit die Steuern ermäßigt und dadurch die Verbilligung der Produktion unterstützt werden könne. Die Bank- und Geldinstitute sollen den Zinsfuß herabsetzen, die Devisenspekulation sollte eingeschränkt werden. Die Regierung versprach, aus den Mitteln des Staatsbudgets öffentliche Bauten, Elektrizitätswerke, Meliorationen, Regulierungen, Talsperren, Straßen, Brücken und andere Bauten, ebenso die Arbeiten, welche Eisenbahnbauten betreffen, durchzuführen. Die Regierung erklärte ferner eine Novellierung des Gesetzes über die Kohlenabgabe im Sinne von Erleichterungen vorzubereiten, ferner daß Ermäßigungen der Eisenbahn- und Posttarife erfolgen werden.

Zu diesem Aufruf der Regierung nahmen wieder die drei Gewerkschaftszentralen Stellung und erklärten übereinstimmend, daß sich die Regierung mit ihrem Aufruf an die Bevölkerung nicht zu den großen Aufgaben bekannte, die in der Zeit der wirtschaftlichen Krise gestellt werden. Es mangelt der Regierung der ernste Wille, schnell und unverzüglich die geplanten Maßnahmen durchzuführen. Die drei Gewerkschaftszentralen erneuerten ihre Forderungen und verlangten die sofortige Einberufung des Parlamentes.

Ende Oktober wurde erst die Nationalversammlung einberufen, in der während der ganzen Tagung, bis zu Weihnachten des vorigen Jahres, Vorlagen der Regierung nicht eingebracht wurden, durch die selbst die bescheidenen und völlig unzureichenden Versprechungen der Regierung erfüllt werden können. Auf administrativem Wege, in ihrem eigenen Wirkungskreise, hat die Regierung fast nichts von dem erfüllt, was sie der Bevölkerung zur Milderung der Krise zu unternehmen versprach.

Die von den Gewerkschaftszentralen aufgestellten Forderungen wurden nur vom Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in entsprechendem Gehörtrage der Nationalversammlung unterbreitet. Daß der größte Teil der Beschlüsse der drei Gewerkschaftszentralen nicht durchgeführt wurde, liegt in dem Widerstand der Regierung und der tschechischen Mehrheitsparteien, unter denen sich auch zwei sozialistische Gruppen befinden.

Die Nationalversammlung und die Regierung haben also in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise vollständig versagt. In der tschechoslowakischen Republik herrscht schrankenlos das Pantkapital. Der Zinsfuß wurde statt ermäßigt, erhöht, die Kohlensteuer, Fracht- und Posttarife wurden nicht abgebaut, das Staatsbudget weist keinerlei maß-

gebende Erparungen auf. Die Lasten der Krise werden also weder von der Kapitalistenklasse, noch vom Staate, sondern fast ausschließlich von der Arbeiterschaft getragen.

Durch den Lohnabbau sollte die Gesundung des Wirtschaftslebens herbeigeführt und die Milderung der Krise erzielt werden. Tatsache ist aber, daß sich trotz Lohnabbau die Waren- und Absatzkrise verschärft.

Gegenüber der absichtlichen Untätigkeit der Regierung und der Parlamentarier, die die Krise als einen angeblichen wirtschaftlichen Gesundungsprozeß ausleben lassen wollen, erhebt die Vorkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes heute neuerlich die Forderungen der drei Gewerkschaftszentralen vom 5. Juli. Soweit die Krise über den Zusammenhang der Weltwirtschaft mit besonderer Wucht durch die schweren Verschleppungen der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik verschärft wird, kann der gefährlichen Not der Arbeitslosen, den hungernden Kurzarbeitern nur auf die Art Hilfe gebracht werden, daß, gestützt auf eine nur von wirtschaftlichen Interessen diktierte Außenpolitik, durch eine den Bedürfnissen der Industrie der Republik dienende Zoll- und Handelspolitik Abhilfe gebracht werden. Großzügige Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten, auerordentlicher Unterstützung für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter sind die dringenden Forderungen, die die Vorkonferenz hiermit neuerlich erhebt.

Die Vorkonferenz erhebt aber auch gleichzeitig schärfsten Protest gegen die Vorgangsweise einiger Unternehmergruppen, die statt Modernisierung und technischer Vervollkommnung ihrer Betriebe, die Produktionsfähigkeit zu steigern, die Wirtschaftskrise unausgesetzt benützen, um die Lebenshaltung der Arbeiter und ihre sonstigen Arbeitsbedingungen anzugreifen.

Schwere Kämpfe haben in den letzten Monaten unsere Gewerkschaften bestanden. Durch viele Millionen Arbeitslosenunterstützung halfen sie den Arbeitslosen in der größten Not. Nun gilt es, unsere so wertvollen Organisationseinrichtungen in dieser kritischen Zeit unversehrt aufrecht zu erhalten. Unsere Kampfbünde sind vollständig intakt. Nach der Ueberwindung der Krise stehen wir vor neuen schweren Aufgaben. Angezogen durch die Folgen der Wirtschaftskrise anzuharren, damit wir für die kommenden Kämpfe aktionsbereit sind, ist besonders jetzt die Pflicht der Gewerkschaften.

Als zweiter Berichterstatter erörterte Franz Macoun die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gewerkschaften. Er zeigte an vielen Ziffern, wie stark einzelne Verbände von der Arbeitslosigkeit mitgenommen wurden. Die Summen, die der Anspruch der arbeitslosen Mitglieder an manche Verbände erfordert hat, übersteigen alles bisher Dagewesene. Manche Gewerkschaften haben in den Monaten der Krise an Arbeitslosenunterstützung mehr ausgezahlt, als viele Jahre zusammengenommen in der vorhergegangenen Zeit. Ungeachtet dessen haben sich die im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Verbände als kräftig genug erwiesen, die außerordentlichen Leistungen zu ertragen, ohne an ihrer Kampffähigkeit einzubüßen.

Ausgaben wurden an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1922 insgesamt von allen dem Bunde angehörenden Gewerkschaften neun Millionen Kronen gegenüber 2.600.000 Kronen im Jahre 1921.

An der von Genossen Macoun vorgeschlagenen Entschlüsse wird ausgesprochen, daß die Verbände trotz der gewaltigen Ausgaben für die Opfer der Wirtschaftskrise ungebrochen bestehen. In der Aussprache über beide Berichte und die beantragten Entschlüsse beteiligten sich die Genossen Ranick, Hausmann, Bergmann, Reumann, Kupient, Tauber, Barsch und Feist.

Beide Entschlüsse wurden hierauf einstimmig angenommen.

#### Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Der gegenwärtige Stand der Sozialversicherung“

Sprach Abgeordneter Genosse Schäfer. Er verwies darauf, daß bereits zu Anfang des Vorjahres von der tschechoslowakischen Regierung versichert worden sei, daß noch im Jahre 1922 der Gesetzesantrag auf Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung, dem Abgeordnetenhause zugehen werde. Wenige Monate später hieß es, daß die Vorarbeiten einen größeren Umfang angenommen hätten, als man ursprünglich angenommen habe, so daß die Vorlegung des Gesetzesentwurfes über die Sozialversicherung erst zu Anfang des Jahres 1923 erfolgen könne. Jetzt verkündet, daß spätestens im März, vielleicht auch schon im Februar, das Abgeordnetenhause die Sozialversicherungsvorlage zur Erledigung erhalten werde. Ueber den Inhalt des angeblich bereits fertiggestellten Gesetzesentwurfes ist wenig bekannt. Man könne jedoch aus manchen Vorgängen aus der letzten Zeit schließen, daß der Aufbau und die Organisation der neuen Sozialversicherung noch heiß umstritten werden dürfte, nachdem einzelne der Mehrheitsparteien des tschechoslowakischen Parlamentes unbedingte Gegner der Grundzüge sind, die auf dem allgemeinen Krankentage im Februar 1922 für das Werk der Sozialversicherung aufgestellt wurden. Insbesondere besteht die ernstliche Gefahr, daß die sozialen Versicherungseinrichtungen, die geschaffen werden sollen, stark unter bürokratischem Einfluß gebracht werden. Auch denke man daran, den gegen Krankheit versicherten Arbeitern und Angestellten das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen des zu schaffenden Sozialversicherungsgesetzes zu nehmen. Man sollte annehmen, daß in der Abwehr solcher Versuche die deutschen und tschechischen

Genossen, lest und verbreitet die Arbeiterpresse.



Arbeiterparteien Schulter an Schulter kämpfen, weil es sich auch in diesem Falle um ein gemeinsames Programm und um Forderungen handelt, die in Übereinstimmung von allen Krankenleistungsvertretern, ohne Unterschied der Nation verfochten werden.

Der Berichterstatter beantragte folgende Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde:

Die gesamte Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei erwartet mit Ungeduld, daß die Regierung endlich mit ihren Vorarbeiten für die Sozialversicherung zu Ende komme und das wiederholt gegebene Versprechen, die Alters- und Invalidenversicherung, die Witwen- und Waisenerziehungsgesetzgebung einzuführen, erfülle. Mit zunehmender Erbitterung verfolgt das bisher in der wichtigsten sozialpolitischen Frage immer nur mit Versprechungen hingehaltene Proletariat die Quartierarbeiten gewisser politischer und wirtschaftlicher Kreise gegen das dringlichste Verlangen, das die Gesetzgebung dieses Staates in der nächsten Zeit zu lösen hat. Auf das allernäherliegende verweist die Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen jede weitere Verschleppung der Sozialversicherung und wiederholt aufs neue die in zahlreichen Rundgedrungen der Arbeiterschaft ausgesprochene Forderung nach dem vollen und uneingeschränkten Recht der Selbstverwaltung der Versicherungen in allen Zweigen der Sozialversicherung. In der Überzeugung, daß nur eine nach den Grundfähigkeiten der Selbstverwaltung aufgebaute Sozialversicherung entwicklungsfähig ist und den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen entspricht, verwahren sich die Vertreter der im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Verbände gegen jede obrigkeitliche Bevormundung und gegen jede Auslieferung der sozialen Versicherungseinrichtungen an die staatliche Bürokratie.

Beim dritten Punkte: „Berichte und Anträge der Zentralgewerkschaftskommission“ wurde zunächst über die Schaffung einer Zentralstelle für das Betriebsausschüßwesen beraten. Genosse Mavoun teilte mit, daß die in dieser Angelegenheit auf der letzten Vorstandskonferenz gefassten Beschlüsse nicht ausgeführt werden konnten, weil nicht alle Verbände ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es sei dies auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen, durch die den Gewerkschaften so große Opfer auferlegt wurden, daß sie sich zu neuen Leistungen nicht haben entschließen können.

In der darauffolgenden Aussprache, an der sich die Genossen Zvonak, Häckl, Bergmann, Spiegal, Grünzner, Merzichen, Nase, Sedlak, Feist, Schloßnickl, Weigl, Gottschlich, Schäfer und Dr. Sahn beteiligten, wurden mehrere beachtenswerte Anregungen vorgebracht und von den meisten Rednern betont, daß man die Verwirklichung der Beschlüsse der letzten Vorstandskonferenz auf später verschieben müsse.

Die Erledigung der weiteren Tagesordnung wurde auf Freitag vertagt.

### Die Gewerkschaftsbewegung der Welt.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht Angaben, die nicht nur die Lage und Entwicklung der ihm angeschlossenen, sondern die aller Gewerkschaften überhaupt in Ziffern darstellen. Allerdings fehlen dabei Mitteilungen über die finanzielle Lage der Organisation; bei der heutigen bunten und schwankenden Geldwertlage hätte es auch wenig Sinn gehabt. Es werden also nur Mitgliederzahlen mitgeteilt.

1. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug Ende 1921 in den 34 wichtigsten Staaten der Welt 46.3 Millionen Menschen (im Jahre 1912: 14 1/2 Mill.). An erster Stelle stand Deutschland (12.6 Mill.), ihm folgte Rußland (6.9 Mill.), England (6.6 Mill.), die Vereinigten Staaten von Amerika (5.2 Mill.), Italien und die Tschechoslowakei hatten je 2 Millionen, Spanien 1.3, Frankreich und Oesterreich je 1 Million organisierter Arbeiter. Weiter folgten Belgien (820.000), Polen (820.000), Mexiko (710.000), Australien (680.000), Holland (660.000), Indien (500.000), während in den übrigen Ländern die Zahl der organisierten Arbeiter weniger als eine halbe Million betrug. Diese Zahlen umfassen aber die verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen: einen richtigeren Begriff von dem Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes in der Welt und den einzelnen Ländern bekommen wir erst, wenn wir die

2. Verteilung nach Gewerkschaftsrichtungen untersuchen. Fast die Hälfte der organisierten Arbeiterschaft der Welt (22.4 Mill.) ist dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen und stimmt also seinen allgemeinen Richtlinien zu. Die andere Hälfte verteilt sich auf folgende Weise: 7.1 Millionen weist die „kommunistische Internationale“ auf; (davon 6.9 in Rußland), 6.6 Millionen sind in „Neutralen Organisationen“ vereinigt; das sind die meisten Gewerkschaften der Vereinigten Staaten (3.9 Mill.); bekanntlich sind sie im Jahre 1920 aus der Internationalen ausgetreten), die Hirsch-Dunderschen und die unabhängigen Vereine Deutschlands (1.8 Mill.) und ähnliche (nationale) Organisationen in der Tschechoslowakei, in Polen, Frankreich, der Schweiz und Holland. Weitere 3.8 Millionen entfallen auf die konfessionellen Vereine; die Hälfte davon (1.8) befand sich in Deutschland; auch in Spanien und Italien (je 400.000), in Holland, Belgien und Ungarn (je 200.000), in Polen und Frankreich (je 150.000) spielen sie eine gewisse Rolle. — Weitere 1.3 Millionen umfassen die syndikalistischen Verbände; die Hälfte davon (665.000) befand sich in Spanien; ihm folgten die Syndi-

kalisten Deutschlands (250.000) und Italiens (100.000). — Endlich bleibt noch ein Rest von 5 Millionen Menschen, die unter der zweifelhaften Rubrik: „Verschiedene Organisationen“ untergebracht sind; es sind erstens die Organisationen der außereuropäischen Länder (Vereinigte Staaten, Australien, Indien, Mexiko), soweit sie in ihrer Eigenart feiner der oben genannten Richtungen entsprechen; zweitens sind hier auch die italienischen Faschisten (damals 200.000 an Zahl), die tschechoslowakischen Nationalisten und ähnliche Gruppen untergebracht.

3. Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes seit Kriegsausbruch. Seit dem letzten Friedensjahre hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht (1913: 7.7 Mill., 1919: 22 Mill.), jedoch war der Mitgliederzuwachs kein ständiger. Die Kriegsjahre haben einen Mitgliederrückgang in den kriegsführenden, einen gewissen Zustrom in den neutralen Ländern herbeigeführt; Ende 1918 zählte der Internationale Gewerkschaftsbund 10.3 Mill. Das Jahr 1919 — das der allgemeinen Arbeiteroffensive — erhöhte diese Zahl auf 23.2 Millionen. 1920 hat aber der Austritt Amerikas, der weiße Schrecken in Ungarn, das Abflauen in Frankreich und Italien, die allgemeine Weltkrise einen Rückgang der Mitgliederzahl verursacht, der 1921 sich fortgesetzt hat. Die Ergebnisse von 1922 werden wohl einen weiteren Rückgang aufweisen, während die einsetzende Konjunktur für das Jahr 1923 vielleicht eine gewisse Besserung versprechen könnte, wenn es den Gewerkschaften gelingt, den Einfluß der Reaktion in den Reihen der neuen angeschulten Arbeiterschicht, die der Krieg geschaffen hat, restlos niederzuringen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Der neue Kollektivvertrag der Bankbeamten.

Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit in einigen Tagesblättern abgedruckten Nachrichten über den Stand der Kollektivvertragsverhandlungen, ersucht uns der Verband der Bank- und Sparassistenten um Veröffentlichung nachstehender Mitteilungen:

Die seit 15. v. M. geführten Verhandlungen mit dem Bankverband haben bisher zu einer Einigung über die Grundzüge des neuen Ueber-einkommens geführt. Der Wortlaut des Kollektivvertrages wird erst anfangs nächster Woche fertiggestellt werden. Fragen der Dienstpragmatik, die bis Ende Feber 1924 gilt und Umwandlung der Personalkommissionen in Betriebsausschüsse, die in allen Banken verlangt werden, bilden überhaupt nicht den Gegenstand der Verhandlungen. Diese Aktion steht vielmehr so, daß über Beschluß des Bankverbandes die Banken unter Berufung auf die nicht ganz klare Fassung des Paragraph 1 des Gesetzes behaupteten, daß sich das Gesetz auf die Banken nicht beziehe, da in den Bankbetrieben nicht „erzeugt“ wird. Daraufhin wurde von den Personalkommissionen der Unionbank und Industrialbank die gesetzliche Prager Schiedskommission angerufen, die bereits am 18. v. M. entschied, daß die Banken dem Betriebsausschüßgesetz unterliegen und daß daher insbesondere in den beiden genannten Banken Betriebsausschüsse einzuführen sind. Die Banken beabsichtigen gegen dieses Erkenntnis beim Obersten Verwaltungsgericht Berufung einzulegen und streben vorläufig an, daß dem zitierten Urteil aufschiebende Wirkung zugesprochen wird. Die Verhandlung hierüber ist von der Prager Schiedskommission auf den 8. d. M. angesetzt worden.

Was man die Grundzüge des neuen Vertrages betrifft, verlangten ursprünglich die Banken vor allem die achtstündige Arbeitszeit. Vereinbart wurde die 4 1/2-Stundenwoche, wobei im allgemeinen die doppelte Frequenz gilt. Ueber die Sommerfrequenz sollen im März neue Verhandlungen stattfinden. Die Banken erklärten jedoch, aus dem Titel der Verlängerung der Arbeitszeit keine Entlassungen vorzunehmen. Gegen Entlassungen ist im allgemeinen die definitive Beamtenschaft schon durch die Pragmatik geschützt. Sollte es dennoch zu Entlassungen aus einem anderen, nach der Dienstpragmatik zulässigen Titel (z. B. Einschränkung des Geschäftsbetriebes in einigen Abteilungen oder Filialen) kommen, kann die in der Pragmatik festgesetzte paritätische Kommission angerufen werden. In einigen Banken wird vorläufig die siebenstündige Arbeitszeit verbleiben, dafür werden die Beamten nach einem eigenen Arbeitssystem (z. B. bei der Bilanz) die Differenz umsonst nacharbeiten. Die Raststunden verbleiben wie im Jahre 1922. Der Ueberstundenfuß wird ermäßigt; der Anspruch auf Vergütung beginnt jedoch sofort nach Beendigung der Bürostunden, jedoch keineswegs eine Verpflichtung der Beamtenschaft darstellt, eine halbe Stunde länger ohne Vergütung zu arbeiten. Der Anschaffungsbeitrag wird für das erste Quartal 1923 mit maximal 50 Prozent der alten Quoten festgesetzt, wobei nur eine kleine Gruppe der Banken einen geringeren Prozentsatz zahlen dürfen. Ueber die weitere Regulierung des Anschaffungsbeitrages und der bis 30. Juni in alter Höhe verbleibenden Teuerungszulagen, verpflichtet sich der Bankverband, im März bezw. im Juni in neue Verhandlungen einzugehen. Die übrigen Teile des alten Vertrages (Grundgehalt, Quartialgeld, Kommunikation) bleiben für das Jahr 1923 unverändert. Mit 1. Jänner tritt für die gesamte Beamtenschaft das Abwacement ein, wobei für Ausnahmen die notwendigen Schutzbestimmungen aufgenommen wurden. Ueber einen analogen Abbau der Prokuristenbezüge ist noch nichts näheres bekannt.

Ein schönes Beispiel von Solidarität ist eine Tat der österreichischen Holzarbeiter, die unlängst auf einer Konferenz beschlossen haben, daß jeder Kollege, der 48 Stunden arbeitet, verpflichtet ist, ab 4. Dezember ein Prozent seines Gesamtverdienstes zur Unterstützung seiner arbeitslosen Kollegen an den Verband abzuführen. Je ein Arbeiter, die über 31 Stunden wöchentlich arbeiten, sind verpflichtet, alle zwei Wochen, die weniger als 31 Stunden arbeiten, alle vier Wochen 1000 ö. K. zu diesem Zwecke abzuführen.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	15.70.00
Berlin	Mar.	251.00
Wien	öheer. Kr.	200.00.00

### Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1298.50	1297.50
100 Mar.	0.40.50	0.50.50
100 schweiz. Fran!	620.75	623.25
10 Lire	170.25	171.75
100 franz. Fran!	248.25	237.75
1 Pfund Sterling	152.25	153.75
1 Dollar	32.55.00	32.95.00
100 belg. Fran!	218.25	219.75
100 Dinar	37.00	38.00
100 öheer. Kronen	0.04.05	0.05.15
100 poln. Kart.	0.16.75	0.17.75
100 maghar. Kronen	137.00	147.00

### Züricher Schlusskurse.

Paris	36.65.00	Sud. pers.	0.20.50
London	24.50.00	Brag.	15.70.00
Berlin	00.00	Rem. fort.	5.28.00
Nariband	56.00.00	Veigrad	5.0.0.0
Poland	00.00	Warschau	0.02.87
Wien	0.00.75.00	Wien. zeit.	0.00.00

### Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute halb 8 Uhr zum letztenmal „Schneewittchen“ mit Tilly Wally in der Titelrolle. Abends Premiere „Schweiger“, Wiederholungen Montag und Donnerstag. Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Eisenbach“, abends „Der Rosenkavalier“, Dirigent Zemlin. Dienstag Gastspiel Kubla „Manon“, Mittwoch „Die blaue Rajur“, Freitag Gastspiel Kubla „Der Barbier von Bagdad“, Samstag zum erstenmal „Die Kette“, Sonntag halb 11 Uhr IV. philharmonisches Konzert, halb 8 Uhr Arbeiter-Vorstellung „Bitter aus Dingsda“, abends „Frasquita“.

Alte Bühne. Heute halb 8 und halb 8 Uhr „Karussell“, Sonntag halb 3 Uhr „Wermolt“, abends zum erstenmal „Der Clown Gottes“, Wiederholungen Mittwoch und Freitag. Dienstag und Sonntag „Die Präsidentin“ mit Pepi Glöckner-Kramer a. G. Donnerstag und Samstag „Karussell“, Sonntag halb 8 Uhr „Menagerie“.

Uraufführung „Die Kette“. Samstag wird die Reihe der Uraufführungen Prager Autoren mit der Premiere des neuen Einakterzyklus „Die Kette“ von Heinrich Teweles fortgesetzt. Der Abend wird mit dem Schauspiel „Die Kette“ eingeleitet und bringt ferner die Lustspiele „Rathaus“ und „Unter-gang des Abendlandes“.

„Schweiger“. Heute, Samstag, Uraufführung des Dramas „Schweiger“ von Franz Werfel, das Montag und Donnerstag zur Wiederholung gelangt.

„Der Clown Gottes“. Morgen, Sonntag, in der Kleinen Bühne Uraufführung der grotesken Revolutions-tragödie „Der Clown Gottes“ mit Wilhelm

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schwaino-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

### „Apec“ und „Morrell“

1901 Vertreter für die Cechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6657.

**Egger & Co.**  
Prag-Karlin, Královská tr. 14.  
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.  
Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen,  
Eggers 140er Poppermint 544  
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Wollen Sie ständig verdienen? Schreiben Broz. Karda K. 110.  
**Piering-Seni u. Essig**  
ist der beste!  
zu haben in allen Konsum-Vereinen

**Domino-Masken**  
aus Papier, Satin, Atlas, Seide, Samt, mit u. ohne Federn, in allen Farben erzeugt und offeriert  
Josef Pollak, Prag I., 1365 Tánčík str.  
Erzeugung sämtlicher Feinbindungsartikel.  
Interieren Sie im **Sozialdemokrat!**

Beim in der Titelrolle. Wiederholung Mittwoch und Freitag.

Orgelkonzert. Die Gemeinde Prag veranstaltet Sonntag, den 7. Jänner um halb 11 Uhr vormittags im Smetanasaal des Gemeindehauses ein Orgelkonzert, dessen Reingewinn dem Waisenfürsorgefonds zufließt. Die Mitwirkenden sind: Jar. Rozmarová (Gesang), Josef Těsáček (Viola) und Professor Bedřich Wiedermann (Orgel). Karten zu 3, 1.50 K und 80 Heller in den bekannten Verkaufsstellen.

### Bereinsnachrichten.

Frau Henriette Fährh, Stadtverordnete in Frankfurt a. M., Mitglied des großen Rates der Frankfurter Universität, die sich durch ihre zahlreichen wissenschaftlichen und gemeinverständlichen Arbeiten über volkswirtschaftliche und sozialpädagogische Fragen in Deutschland ungewöhnliches Ansehen erworben hat, spricht im Rahmen der Ortsgruppe Prag der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Montag, den 8. d. M. im Kleinen Urania-Saale über „Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als pädagogisches und soziales Problem“. Für den Vortrag gibt sich nicht nur in Kreise- und Lehrerkreisen, sondern auch im großen Publikum das lebhafteste Interesse kund. Preise: 4 Ks, Mitglieder der „Urania“ und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 3 Ks. 1964

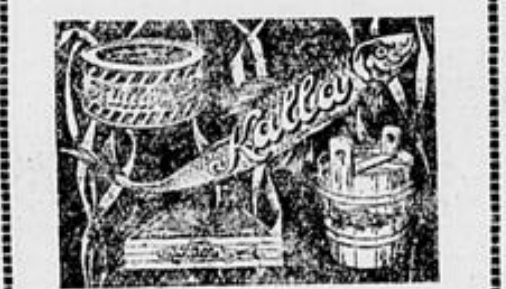
### Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag**, Graben 23, Kl. Bazar. 189

**Libenia**  
der Legante  
**Schuhputz**  
1287

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

**KALLA'S**  
Bratheringe.  
Fischkonserven, Bäcklinge.



zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumve eine in PRAG II., Fügerrövo nám. 4. 1278.

### Kuh & Kretsch

Likörfabrik Teplitz-Schönau.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“  
In Wien  
schließt vorteilhaft alle Arten von **Lebensversicherungen**  
insbesondere Versicherungen ohne Arzt. Hebe Untersuchung bis zu Ks 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab. Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.  
Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 1363 Prag II., Václavská am. 47.

**Verbandstoff-Werke**  
Telefon Nr. 851/IV. Teplitz-Schönau Telefon Nr. 851/IV.  
liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche **Verbandstoffe, Verbandswatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster.**  
1173